

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Die Abonnements betragen bei jeder Zahlung des Monats 2,00 M., im Voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 2,-- M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 12,50 M., für das übrige Ausland 16,-- M. jährlich. Auslandsendung per Post für Deutschland und Österreich 20,50 M.

Die achtspaltige Hauptzeile über dem roten Balken kostet 5,-- M. einschließlich Lesungsgebühr. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,-- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Lesungsgebühr. Kaufleute Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenangebote 1,20 M. netto pro Zeile. Sonstige Anzeigen in Wortangelegenheiten das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,-- M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36 und 9769.

Anzeigen-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, Buchhandlung Zentrum 2435. „Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 4020.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der drohende Rechtsputsch.

### Erste Lage.

Die Regierung sieht sich nunmehr genötigt, selber mit dem Material an die Öffentlichkeit zu treten, das ihr über die Vorbereitungen der Gegenrevolution bekannt geworden ist. Es ist bezeichnend für die Sorglosigkeit, mit der die Regierung wieder einmal den konterrevolutionären und rechtsputschistischen Bestrebungen gegenübersteht, daß sie selbst bekennt, daß sie bisher die Berichte ihrer Provinzkommissare und Gewährsleute der Presse und der Öffentlichkeit verschwiegen hat, obwohl sie alle höchst bedenklichen Material der Regierung mitteilt.

Es wird jetzt aus Stettin gemeldet, daß täglich Trupps von 25 bis 50 Mann mit Waffen ankommen, die aus den aufgelösten Freikorps stammen. Mehrere Transporte sind völlig unbeobachtet geblieben, da die Kommandantur entgegen den bestehenden Bestimmungen die bewaffneten, jetzt aber entlassenen ehemaligen Angehörigen der Freikorps vor den Türschloßern, vor allem dem Polizeipräsidenten verheimlichte. Erst als der Polizeipräsident durch Zufall einen dieser Transporte abfangen, erfuhr er, daß bisher das Generalkommando diese Transporte unangemeldet weitergeleitet habe. Diese bewaffneten Transporte kamen aus Bayern von dem aufgelösten Freikorps Oberbayern, das der Freikorps-Brigade Epp angehört. Bezeichnenderweise verweigerten die in Haft genommenen Mannschaften zum größten Teil die Auskunft, von wem sie erfuhr man, daß ein Deutscher in Stettin am Bahnhof erwarten sollte, um sie von dort auf die Güter weiterzuleiten, wo sie mit ihren Waffen Unterkunft finden sollten, um jederzeit für einen bewaffneten Aufstand bereit zu sein. Der Offizier befindet sich in der Haft des Polizeipräsidenten. Derartige Nachrichten liegen auch aus Westfalen und Ostpreußen vor.

Da die Reichsregierung selbst zugibt, daß sie bisher diese Nachrichten der Öffentlichkeit verschwiegen hat, so geht daraus hervor, daß die Situation noch viel ernster ist, als sie bisher berichtet allein kennzeichnet. In allen Ländern aber spukt immer wieder die Idee eines kommunistischen Putsches, der zum Vorwand dienen soll und den man deshalb provozieren will. Es kann deshalb nur immer wieder mit dem größten Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiterschaft sich keinesfalls durch irgendwelche Provokateure zu Putschversuchen verleiten lassen darf. Diese sind das Signal für den allgemeinen Aufstand von Rechts. Die dringende Aufgabe der Arbeiterschaft für die Wahlen ist es jetzt, aller Welt zu zeigen, daß allein eine sozialistische Politik, wie sie die unabhängige Sozialdemokratie vertritt, noch vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und der politischen Katastrophe retten kann, und daß die Reaktion sich irrt, wenn sie glaubt, mit der organisierten Arbeiterschaft ihr Spiel treiben zu können.

### Lockspitzelei.

In seinen Ausführungen über die Vorbereitung eines neuen Rechtsputsches bemerkte der „Vorwärts“, wie wir bereits kurz erwähnt haben, u. a. folgendes:

Was nun die Taktik des geplanten Vorgehens anbelangt, so setzt man seine Hoffnung auf das baldige Ausbrechen kommunistischer Aufstände in Mitteldeutschland unmittelbar im Anschluß an die Wahlen. Leider liegen Anzeichen vor, wonach das Eintreffen dieser Spekulation nicht als unwahrscheinlich bezeichnet werden kann. Für den Fall, daß die Kommunisten sich als zu „schlapp“ erweisen sollten, bereiten verkleidete Freikorps-Offiziere das mitteldeutsche Industriegebiet, um der Sache etwas nachzuhelfen.

Der „Vorwärts“ appelliert dann an das Verantwortungsgefühl der „Linksradikalen“, deren angebliches putschistisches Vorgehen die Grundlage des ganzen gegenrevolutionären Planes bilde.

Was die Befürchtung des „Vorwärts“ anlangt, so sind wir überzeugt, daß sie unzutreffend ist und im wesentlichen auf Spitzelberichte fußt, denen die Redaktion zum Opfer gefallen ist.

Wir wollen zunächst feststellen, daß es die einmütige Ueberzeugung unserer ganzen Partei, ohne Unterschied irgendwelcher Richtungen, ist, daß ein gewalttames Vorgehen in der gegenwärtigen Situation die denkbar größte politische Fehler wäre. Die Partei ist der Auffassung, daß ein solches Vorgehen tatsächlich nur den Putschisten von Rechts gelegen käme, der Arbeiterbewegung aber nur zum größten Schaden gereichen könnte.

Woher aber kommen immer wieder Nachrichten über angeblich geplante Putsch von links? Der „Vorwärts“ weist ganz richtig darauf hin, daß verkleidete Dill-

zie re als Lockspitzelei sich in Arbeiterkreise schleichen und dort Putschpläne vortragen und empfehlen. Diese Lockspitzelei waren früher hauptsächlich bei den kommunistischen Gruppen tätig. Genosse Braß konnte ja durch die bei dem Kapp-Putsch den Freikorps abgenommenen Dokumente feststellen, daß eine ganze Anzahl kommunistischer Vertrauensmänner zugleich Geheimberichte an die verschiedenen militärischen Stellen erstatteten.

In letzter Zeit suchen die rechtsputschistischen Provokateure auch Eingang bei unseren Parteigenossen zu finden. Namentlich ist dies im Westen und in Mitteldeutschland der Fall. Diese Spitzel berichten nun zum Teil das tollste Zeug, welche günstige Aufnahme ihre Vorschläge gefunden haben. Das Geld will ja verdient sein! Wir haben natürlich die Augen offen und werden mit diesen Putschern bald fertig werden.

Die Gefahr besteht bloß darin, daß man diesen Berichten irgendwelchen Glauben schenkt und dadurch die Aufmerksamkeit von der wirklichen Gefahr des Rechtsputsches ablenkt. Diese Gefahr ist ernst, und zu ihrer Abwehr muß die Arbeiterschaft stets bereit und entschlossen sein.

### Enlarvte Spitzelmache.

Die Treibereien, die die rechtsstehende Presse seit einigen Wochen wegen des angeblichen Planes einer Räterepublik in Mitteldeutschland veranstaltet, erweisen sich als das Werk der Polizeigenossin Frau Schröder-Rahse. Frau Schröder, die früher im Dienst der Berliner Kriminalpolizei gestanden und jetzt eines der gefährlichsten Subjekte der Gegenrevolution ist, tauchte vor einigen Wochen in Halle auf. Versetzen mit den besten Ausweisen der R. P. D. und mit einem von der Polizei ausgestellten Verechtigungschein zum Tragen von Männerkleidung. Die Halle'schen Mitglieder der R. P. D. gingen auf den von dem Frauenzimmer verfolgten Plan der Schaffung einer Kampforganisation zum Schein ein und konnten nach langer Mühe hinter die Schliche dieser sauberen Person kommen. Die Agentin besitz einen von der Militärbehörde auf den Namen Walter Golden lautenden Ausweis als Dolmetscher. Die überaus reichlichen Geldmittel bezieht die Agentin durch einen Leutnant Hansen, der im Militär-Prozess unter seinem richtigen Namen Leutnant Schumann eine „höchst wichtige“ Rolle gespielt hat. Alle zur Verfügung stehenden Gelder kommen von der antiputschistischen Liga, die im letzten Jahre etwa neun Millionen Mark für diese Zwecke zur Verfügung gestellt bekam und hauptsächlich von den Großindustriellen, die hinter der „Deutschen Zeitung“ stehen, aufgebracht werden.

Die länglich von dem genannten Blatte veröffentlichten Feldzugspläne der „Roten Armee“ in Mitteldeutschland, die bezwecken sollten, einmal eine gemeine Heide gegen die mitteldeutsche Arbeiterschaft zu entfachen, in der Hauptsache aber, um die Notwendigkeit einer militärischen Aktion zu erweisen, stammen aus dieser treiben Quelle. Es ist geklärt, in das dunkle Treiben der Halle'schen Spitzelgenossin (Leiter Oberleutnant Giese) Einblick zu nehmen. Zweck der in Mitteldeutschland arbeitenden Organisation ist Zerschmetterung in die geschlossenen hinter der U. S. P. D. stehende Arbeiterschaft zu tragen. Das soll dadurch erreicht werden, daß man die führenden Genossen durch gefälschte Dokumente kompromittiert. Man will die Putschsporne gewinnen, um Teilkontingen, bewaffnete Nebenkräfte usw. zu unternehmen, um ein militärisches Eingreifen in Mitteldeutschland zu ermöglichen. Die Einwohnerwehren, die längst aufgelöst sein sollten, sind wieder neu aufgerichtet. In Halle ist diese reaktionäre Garde 2100 Mann stark. Reichswehr und Sicherheitspolizei sind neu gruppiert und aufgestellt. Munition und Geschosse in reichlicher Zahl in und um Halle untergebracht, so daß es den militärischen Putschisten ein Leichtes sein würde, bei Putsch, inszeniert von Spitzeln und Provokateuren, rücksichtslos gegen die Arbeiter vorgehen zu können. Am verhassten ist den militärischen Nachrichten in Halle der dortige Polizeidirektor Genosse Reimann. Man plant ihn sowie eine Reihe anderer Genossen auf irgendeine Weise unschädlich zu machen. Ist diese edle Absicht nicht mit List zu erreichen, dann will man vor Gewalttaten nicht zurückweichen. Man verbreitet gefälschte Schöne, aus denen ersichtlich ist, daß sich in Halle Werbestellen für die „Rote Armee“ befinden. Aus alledem geht hervor, daß die reaktionären Kreise jetzt deshalb so viel über die von links geplante Störung der Reichsagawachen schreiben, um ihre eigenen Absichten um so besser vorzubereiten zu können. Man fürchtet das Zustandekommen der Reichsagawachen mit dem sicher zu erwartenden Anwachsen der Linksparteien und möchte aus diesem Grunde schnell noch die monarchistische Gewaltbereitschaft aufrichten.

## Die Deutschnationalen.

Die Todfeinde des Aufstiegs der Arbeiterklasse, die gewalttätigsten und entschlossensten Vorkämpfer der Kapitalherrschaft, das sind die Deutschnationalen. Vor dem Kriege war der Inhalt ihres politischen Kampfes die Erhöhung der Grundrente durch den Brotwucher und die Sicherung der Kartellgewinne durch den Zollschutz. Als Gegner jeder Sozialpolitik schrien sie unaufhörlich nach einem neuen Sozialistengesetz, nach der Buchhausvorlage zur Niederhaltung der Arbeiterklasse, Förderer des Militarismus und der Vermehrung des Heeres, dessen Offiziersstellen sie besetzten, waren sie, die stets verbündeten Konfessions- und Nationalliberalen, die Hauptträger jener aggressiven imperialistischen Politik, die den Weltkrieg entfesselt hatten. Die Treiber von Kriegen wurden seine Verlängerer. Ihre Hebe richtete sich gegen alle Friedensmöglichkeiten. Ihre wahrhaftigen Raubabsichten riefen die ganze Welt zum Widerstande auf, erzwangen den von ihnen noch freudig begrüßten Krieg mit den Vereinigten Staaten und führten schließlich zum völligen Zusammenbruch.

Nach der Revolution wurden sie eine Zeitlang demütigt. Die strammen Monarchisten stellten sich auf den Boden der Republik. Aber als die rechtssozialistische Politik immer mehr den Kampf ausschließlich gegen links richtete, als das ebenso dumme wie verrückte Koffe-System die deutschnationalen Offiziere und Generale wieder zur Macht brachte, da wurden sie froh und frecher. Was sie selbst verschuldet hatten, die Niederlage und die wirtschaftlichen Folgen, das ganze physische und moralische Elend, das der Krieg erzeugt hat, das legten sie auf Rechnung der Revolution.

Nun begannen sie eine Agitation, die vor den niedrigsten Mitteln nicht zurückbliebte. Sie und ihre Presse erfanden immer neue Schandernachrichten über den Kommunismus, suchten den deutschen Spitzelbürger mit dem Bolschewistenkreuz in sinnlose Angst zu jagen und verberückelten alle Uniaten, die an der Arbeiterschaft begangen wurden. Sie priesen die Mörder von dem Tag an, an dem Liebknecht und Luxemburg gemordet wurden und die Antrognien, die die Lüttwih und Epp in Berlin und in München feierten, weckten ihre Begeisterung. So bereiteten sie ganz systematisch und zielbewußt jene Stimmung vor, aus der der Kapp-Putsch geboren wurde. Deutschnationale sind all die Kappklienten gewesen, die Ludendorff, Bauer und Lüttwih, die Traub und Sägele. Und nur ein Rare kann daran zweifeln, daß die deutschnationalen Führer nicht sehr frühzeitig darüber Bescheid wußten, was die Kapp und Lüttwih planten. Als freilich der Kapp-Putsch von der Arbeiterschaft niedergeworfen war, da wollten die „Besten und Besten der Nation“ mit den Westary, Hergt und Knüppel-Kunze an der Spitze nichts davon wissen, sogen wie gepöbelte Gunde teige den Schwanz ein und taten sehr ungeschicklich.

Kein politisch Urteilsfähiger freilich konnte auch nur eine Sekunde lang zweifeln, daß die Deutschnationalen sich mit Begeisterung den Kapp und Lüttwih angeschlossen hätten, wenn der Putsch gelungen wäre. Der letzte mögliche Zweifel wird aber beseitigt durch ein vom „Vorwärts“ veröffentlichtes Gespräch, das der Rechtssozialist Ernst Dellmann am 13. März, am Tage des Kapp-Putsches, mit dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, dem früheren Minister Hergt hatte. Dellmann legte Hergt nahe, Kapp und Lüttwih zu veranlassen, nach dem Montag früh zurückzutreten. Jetzt sei noch Zeit für eine Annäherung, nach Ausbruch des Generalstreiks wäre es zu spät. Das Gespräch ging dann folgendermaßen weiter:

Hergt: Sie überschätzen bei weitem meinen Einfluß, wenn Sie glauben, daß ich Kapp und Lüttwih zum Rücktritt veranlassen könnte. Ich habe auch keine unmittelbare Beziehung zu ihnen, sondern informiere mich nur fortlaufend durch Leute, die ich in die Reichskanzlei schicke, über das was dort vorgeht. Kapp und Lüttwih sind zum Ausweichen entschlossen und werden vor nicht, aber auch vor gar nichts zurückweichen. Die Gewinnung der Ostente brauchen wir nicht zu fürchten. Mit den fremden Militärmissionen sind wir schon seit Monaten einig. Unter „wir“ verstehe ich natürlich die Putschisten, denn die Deutschnationale Volkspartei als solche hat mit dem Putsch und seiner Vorbereitung direkt nicht das geringste zu tun. Wir werden sogar (!) diejenigen unserer Mitglieder, die in die Kapp-Lüttwih-Regierung eintreten wollen, veranlassen, vorher formal ihren Austritt aus der Partei zu vollziehen. An einem allgemeinen Generalstreik glaube ich nicht. Dazu war die gekrümmte Regierung viel zu unpopulär. . . . Sicherlich wird es hier und da zu revolutionären Krawallen kommen, aber die werden schnell zusammenzubrechen. Ich habe da als Regierungspräsident in Cop-In meine Erfahrungen gemacht, wie schnell man einen Arbeiterstreik durch Verweigerung der Lebensmittel brechen kann.

Bei mir hat sich schon die bloße Drohung damit genügt. Wir haben die Waffen und die Lebensmittel das geübt. Ich möchte nicht das später einmal von mir in der Presse steht, ich hätte das bekannte Wismarckwort giltet; aber Sie werden wissen, wieviel Wahrheit darin steht?

Heilmann: In dem Wort von Zunderbröck und Peltische. Hergt: Sie haben das gesagt, nicht ich.

Heilmann: Und wie denken Sie sich nach dem Rapp-Buß die Zukunft der Arbeiterbewegung?

Hergt: Es wird sich schon ein Weg finden, die Sozialdemokratie zu retten. Wenn der Generalkrieg vor dem Zusammenbruch steht, dann können wir vermitteln, daß die Regierung Rapp-Buß nicht unbedingt erläßt, daß sie nur bis zu den Wahlen im Amt bleiben wird. Als Garantie dafür und für die Freiheit der Wahlen könnte vielleicht sogar ein Sozialdemokrat in die Regierung mit eintreten. Dann könnte die Sozialdemokratie den Kampf abbrechen, und die Unabhängigen würden die Niederlage allein erleiden.

Heilmann: Das sind ja ganz unwirkliche Vorstellungen. Kein Sozialdemokrat wird je in die Regierung Rapp-Buß eintreten, und wer es persönlich täte, wäre für die Arbeiterklasse sofort erledigt. Auf diese Weise kann und will die Sozialdemokratie nicht „gerettet“ werden. Es bleibt dann eben bei Kampf und Bürgerkrieg und bei all den Folgen, die ich dargelegt habe. Aber ich hätte nach Ihren früheren Erklärungen gedacht, daß wenigstens Sie in der schärfsten Weise gegen den Rapp-Buß Stellung nehmen würden. Wie in bezug auf das Offizierskorps bin ich um eine große Illusion ärmer.

Hergt: Sie müssen doch unsere Lage begreifen. Rapp und Büttow haben die Macht und werden sie vorläufig behalten. Da können wir uns natürlich nicht rein negativ verhalten, sondern müssen auf dem Boden der jetzt gegebenen Tatsachen mitarbeiten. Etwas anderes wird ja letzten Endes auch Ihrer Partei nicht übrig bleiben. Sie können mir glauben, daß wir dafür sorgen werden, daß diese Regierung wirklich nur ein Provisorium bleibt und daß die entscheidenden Neuwahlen bald stattfinden.

Heilmann: Das ist ein wenig trübseliges Ergebnis unserer Unterredung.

Hergt: Ich will noch einmal mit meinen Freunden vom Vorstand über Ihre Anregung sprechen; aber ich glaube nicht, daß wir zu einem anderen Ergebnis kommen werden. (Herr Dr. Geffertich war inzwischen in das Zimmer gekommen, hatte es aber alsbald wieder verlassen.)

Heilmann: Wenn die Rechtsparteien sich wirklich zu dem Rapp-Buß so stellen, wie Sie sagen, dann ist dieser Tag unserer Unterredung meines Erachtens der letzte Tag Deutschlands; dann bricht es unter den Stürmen des Bürgerkrieges zusammen und auseinander.

Hergt: Sie sehen zu schwarz. Die Sache wird rascher in Ordnung kommen als Sie denken.

Aus dem Gespräch geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß dieser Hergt auf den Sieg des Rapp-Buß hofft, sein Vorhaben begünstigt hat und seine Früchte zu ernten hoffte. Das hinderte diesen Menschen nicht, am 30. März in der Landesversammlung zu erklären:

Wir haben von den Vorgängen am 18. März nicht die geringste Kenntnis gehabt. Sie werden mir doch zu guter Letzt die Ehrlichkeit nicht abstreiten wollen. Unser Standpunkt gegenüber den Vorgängen ergibt sich aus dem grundsätzlichen Standpunkt, den wir gegen jede Revolution einnehmen. Wir haben die Revolution am 9. November beurteilt und beurteilen auch jede neue Revolution; denn wir sind eine Partei des Rechts.

„Zunächst meine ich, daß unser aller Aufgabe gewesen wäre, die Sache tagelang früher zum Abschluß zu bringen, als es tatsächlich geschehen ist. Nicht der Mittwoch dürfte der entscheidende Tag der Entscheidung sein, sondern schon der Montag hätte die Lösung bringen müssen... Die sogenannte Rapp-Regierung war unumgänglich. Davon sind wir alle überzeugt gewesen, denn haben wir alle Ausdruck verliehen... Dieses änderte nichts unter dem Gesichtspunkt geschloffen werden, daß man der Gefahr der Inkonsolidierung rechtzeitig vorbeugte, auch daß man die gesamten Ordnungselemente zusammenfaßte.“

Brutal, feige und verlogen, das ist das Kennzeichen des Hergt, das ist das Kennzeichen der ganzen deutschnationalen Volkspartei, und der ihr in jeder Beziehung verwandten Deutschen Volkspartei. Wenn sie könnten, würden sie in Deutschland einen weißen Schrecken etablieren, wie er noch nie gesehen worden ist. Aber ihre Brutalität verbergen sie, solange sie sich nicht sicher fühlen. Da bühnen sie um die Stimmen der Masse, die sie verachten, da werden sie um die Stimmen der Wähler, während sie in Wirklichkeit jedes Selbstbestimmungsrecht des Volkes vernichten möchten und ihr wirkliches Ideal die Militärdiktatur ist. Da stürmen sie die niedrigsten antisemitischen Instanzen auf, während sie sich ihre Kräfte von den Grundrentnern und Großkapitalisten füllen lassen und Herrn Stinnes, den gewaltigsten Kapitalmagnaten Deutschlands auf ihre Reichsliste legen!

Und diese deutschnationalen Parteien, diese Verderber Deutschlands, die es in die Kriegskatastrophe gestürzt und in neue Anarchie zurückzuführen wollen, die dürfen sich noch zur Wahl stellen und können noch auf Stimmen rechnen. In keinem anderen Lande wäre das möglich außer in Deutschland.

Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, jeder Angestellte und Beamte aber muß sich sagen, daß keine Stimme verloren gehen darf, die gegen die brutale türkische Reaktion abgegeben werden kann, daß keiner verfallen darf, am 6. Juni für die Unabhängige Sozialdemokratie zur Wahl zu gehen!

Das Gespräch Heilmanns erfordert noch eine andere Bemerkung. Es zeigt, daß die Rechtssozialisten in der Tat die Illusion gehabt haben, die die deutschnationalen ihnen bei der Befestigung des Rapp-Bußes helfen würden. Herr Heilmann belächelt Herrn Hergt recht eindringlich. Er zeigte die Gefahren des Bürgerkrieges, des Eingreifens des Auslandes und vor allem die Unvermeidlichkeit einer ungeheuren Radikalisierung der breitesten Arbeitermassen. Namentlich die letztere Gefahr malte er recht eindringlich aus. Das zeigt deutlich, wie sehr rechtssozialistische Politiker geblödet haben, die Waffen selbst zur Aktion aufzurufen, wie sie selbst noch in diesem Moment die Illusion genährt hatten, daß die erbittertesten Feinde der Arbeiterbewegung ihnen Hilfe bringen werden. Wenn Herr Heilmann bei dieser Unterredung um „eine Illusion ärmer“ geworden ist, so haben die Massen ihrerseits die Illusion aufgegeben, daß die rechtssozialistische Führung den Ereignissen gewachsen ist.

Und sie haben längst daraus die Folgerung gezogen, daß sie am 6. Juni für die Unabhängige Sozialdemokratie stimmen werden.

## Der Durchbruch der polnischen Front.

Was wir seit Beginn der polnischen Offensive vorausgesehen haben, beginnt bereits Wirklichkeit zu werden. Die Polen sehen sich genötigt, ihre Truppen an der ganzen Front zurückzuführen, da der Vormarsch der roten Armeen vom Nordosten her und der Durchbruch der polnischen Front in der Nähe von Polozk die Polen mit der Aufrückung ihrer ganzen Front bedrohen. Im russischen Seeresbericht, den der Pariser „Temps“ wiedergibt, heißt es über den Durchbruch der polnischen Front:

„In der Gegend von Dnepr haben unsere Truppen seit dem 14. Mai auf der ganzen Front in einer Länge von 75 Kilometer wieder die Offensive ergriffen. Sie haben die feindlichen Stellungen in der Gegend der Eisenbahn Polozk durchbrochen. In der Gegend von Borisow sind unsere Truppen ebenfalls zur Offensive übergegangen und haben den Übergang über die Dnepr erzwungen.“

Ueber weitere Erfolge der roten Armee meldet ein Moskauer Funkpuls:

„In der Gegend von Orschah haben unsere von unserr Dnepr-Flotille unterstützten Truppen die Stadt Konew genommen. Weiter südwestlich eroberten wir das Dorf Jmirisch. In der Richtung von Karasscha, südlich von Kiew, nahmen wir die Stadt Winograd ein. In der Gegend von Wapniarka sind wir auf der Linie der Dörfer, die 22 Kilometer südlich der Station Wapniarka verläuft, vorgeückt. Südwestlich von Wapniarka dauert der Kampf in der Richtung der rumänischen Grenze unter für uns günstigen Bedingungen fort.“

Londoner Nachrichten wissen bereits von der Wiedereroberung Kiew's durch die roten Armeen zu berichten. Wenn diese Nachricht auch verfrüht sein sollte, so ist mit dem Rückzug der Polen auch am Dnepr mit Bestimmtheit zu rechnen, denn sie stehen in der Ukraine nicht nur den bevorstehenden roten Armeen gegenüber, sie stehen auch vor der Gefahr eines allgemeinen Aufstandes der ukrainischen Bauern, und vor der Bedrohung ihrer Flankenstellung durch die vom Nordosten heranziehenden roten Truppen. So erweist sich das ganze polnische Abenteuer auch vom rein militärischen Standpunkt als eine verbrecherische Dummheit, denn für jeden Kenner der Verhältnisse war es von vornherein klar, daß der Vorstoß gegen Kiew unter den obwaltenden Verhältnissen die Polen in eine Sackgasse führen mußte. Wären jene Entente-Staatsmänner und Politiker, die das polnische Abenteuer unterstützen, nicht von einer hodenlosen Ignoranz in allen östlichen Angelegenheiten, so hätten sie sich im eigenen Interesse gegen die Inszenierung eines neuen Krieges im Osten gewehrt.

Nun, wo der Zusammenbruch dieses Abenteuers schon begonnen hat, macht sich nicht nur in London und Paris, sondern auch in Warschau eine starke Erschütterung bemerkbar. Im Oberkommando der polnischen Armee ist bereits ein Wechsel eingetreten. Es ist auch schon eine Neubildung des polnischen Kabinetts notwendig geworden, da die bisherige Regierung die Verantwortung für die Folgen ihrer Politik nicht mehr zu tragen vermag. Die bürgerlichen Parteien sind an die von Daczinski geführte polnische sozialistische Partei (P. S.) heranzutreten, um sie zum Eintritt in das Kabinett zu veranlassen. Da Daczinski, der mit seinen engeren Freunden vollkommen in das Lager des Nationalismus und Kriegsozialismus abgewandert ist, zu den eigentlichen Urhebern der polnischen Offensive gehört, können diese Verhandlungen von „Erfolg“ gekrönt zu sein. Wider Erwarten hat jedoch der gegenwärtig in Warschau tagende Kongreß der P. S. den Kriegsozialisten einen Strich durch die Rechnung gemacht. Mit 120 Stimmen gegen 92 wurde die von Daczinski und Verl eingebrachte Resolution, die den Eintritt in die Regierung befürwortete, abgelehnt. In der Begründung der Ablehnung heißt es, das Stimmenverhältnis im derzeitigen Reichstag dürfe den sozialistischen Mitgliedern des Kabinetts nicht die Möglichkeit geben, die lebensnotwendigen Interessen des Proletariats wahrzunehmen, wodurch die Teilnahme der Arbeiterklasse zu einer Illusion gemacht würde.

Die Opposition der Konarzemehrheit gegen den Eintritt in die bürgerliche Regierung ist übrigens keine prinzipielle, sondern eine mehr taktische, die aus der gegenwärtigen Situation geboren ist. Die Opposition macht den Eintritt in ein Koalitionskabinett abhängig von zwei Bedingungen: erstens vom Frieden mit Sowjet-Rußland, und zweitens von der Auflösung des jetzigen Reichstags, der die wahre Volksmeinung nicht mehr widerspiegelt. Diese Forderungen sind außerordentlich bezeichnend für den beginnenden Umsturz und das Anwachsen der revolutionären Bewegung in Polen. Man fürchtet den völligen Zusammenbruch, der sich aus dem Fortgang der militärischen Operationen naturgemäß ergeben muß, und sucht noch im letzten Augenblick durch den Abschluß eines Friedens mit Sowjet-Rußland die Katastrophe zu verhindern. Allerdings ist das nicht die Meinung der regierenden Kreise, die durch ihre Sabotage der Friedensverhandlungen gezeigt haben, daß sie einen Frieden mit Sowjet-Rußland nicht wollen. Aber jeder Tag der weiteren Kriegshandlungen schwächt die Position der Militärs und verhärtet die Stellung jener sozialistischen Kreise, die in dem Abschluß des Friedens mit Sowjet-Rußland den einzigen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise und das einzige Mittel zur Herrüberwindung der gegenwärtigen Reaktionsherrschaft in Polen erblicken.

## Protest gegen die Kriegsgerichtsurteile im Ruhrgebiet.

T. U. Eisen, 25. Mai.

Eine hier abgehaltene Konferenz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln, Minden und Münster, deren Verwaltungsräten 300 000 Mitglieder angeschlossen sind, erobert Protest gegen die Tätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet, deren Urteile als ungerecht bezeichnet wurden.

In einer Resolution wurde ausgedrückt, die Konferenz erwarte auf das Bestimmteste, daß die ausgesprochenen Todes-

urteile nicht vollzogen werden, daß ferner die Urteile wegen nichtpolitischer Vergehen und Verbrechen auf das natürliche Maß zurückgeführt werden und daß alle wegen politischer Vergehen bereits ausgesprochenen Todesurteile und Strafen durch eine umfassende Amnestie rückgängig gemacht werden, nachdem auf der anderen Seite noch keiner der Anhänger der Rapp-Büttow-Regierung abgeurteilt worden sei.

## Die Ermordung Paasches.

Gegenüber der gestern von uns veröffentlichten Mitteilung unseres Sonderberichterstatters, daß der Befehl zu der ganzen Aktion gegen Paasche von dem Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit ausgegangen sein soll, wird uns vom preussischen Staatskommissar Dr. Weismann mitgeteilt, daß er weder eine Verhaftung Paasches noch eine Durchsuchung des Gutes angeordnet noch angeregt habe. Gleichzeitig wird vom preussischen Ministerium des Innern durch die P. P. R. folgende Mitteilung verbreitet:

„Der stellvertretende Zivilkommissar und Oberregierungsrat bei der Regierung in Schneidemühl hat in Abwesenheit des Regierungspräsidenten und Regierungskommissars sofort die Untersuchung des Falles Paasche in Angriff genommen. Er fährt bei der Untersuchung des Falles Paasche mit dem Staatskommissar an das Ministerium des Innern einen ausführlichen Bericht abgefaßt, der hier am Mittwoch erwartet wird. Vorläufig ist auf Grund amtlicher telephonischer Mitteilungen zu sagen, daß dem Regierungskommissar in der Tat ihm zuverlässig erscheinende Nachrichten von Waffendepots auf dem Gut Paasches zugekommen waren. Daraufhin hat er sich in Verbindung mit dem Landrat und der Grenzpolizei an die Untersuchung dieser Mitteilungen gemacht und das zuständige Gruppenkommando zur Untersuchung der Aktion herangezogen. Eine Anordnung, daß Paasche verhaftet werden sollte, war nicht erteilt worden. Der Zivilkommissar hätte vielmehr der Militärbehörde lediglich den Auftrag erteilt, für den Fall, daß dort Waffen gefunden würden, ihn in Kenntnis zu setzen. Er hatte sich ausdrücklich alle weiteren Verfügungen vorbehalten, was dann mit Kapitänleutnant Paasche zu geschehen habe. Unklarheitsweise ist Paasche, dem Telephonbericht zufolge, als er die Postenliste erklarte, wieder in dem Wald zurückgerannt, trotzdem ihm von vielen Seiten „Hallo“ zugerufen wurde. Bei dieser Gelegenheit ist dann der unfelige Schuß eines Gendarmen gefallen.“

Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß die ganze Aktion in der Tat vom Regierungskommissar in Schneidemühl ausgegangen ist, der auf Grund von Spitzelberichten oder Denunziationen, die ihm „zuverlässig“ erschienen, die Reichswehr mit der Durchsuchung des Gutes von Paasche betraute. Daß er jetzt über die Folgen erschreckt ist und sich mit dem Hinweis auf die angebliche „Flucht“ Paasches herausreden sucht, ist verständlich. Er mußte aber wissen, daß er durch die Heranziehung der Reichswehr, die systematisch gegen Paasche verbeht wurde, die Mordtat geradezu heraufbeschwor. Schon diese Tatsache genügt, um das weitere Verbleiben des Regierungskommissars im Amt als unmöglich zu erklären. Die Regierung hat die Pflicht, alle Personen, die an der Mordtat mit schuldig sind, unverzüglich ihres Postens zu entheben und zur Verantwortung zu ziehen. Es darf ferner unter keinen Umständen geduldet werden, daß die Militärjustiz sich wieder der Angelegenheit bemächtigt. Was bei derartigen militärischen Untersuchungen herauskommt, wissen wir zur Genüge aus den Prozessen gegen die Brüder Liebknecht und Rosa Luxemburg, aus dem Marlob-Prozess usw. Wenn auch die rechtsstehenden Parteien durch ihre Lobbyaktion in der Nationalversammlung die dritte Lesung der Militärjustiznovelle verhindert und dadurch die Militärjustiz noch weiter am Leben erhalten haben, so liegt durchaus keine Veranlassung vor, diese schändliche Institution, die sich des allgemeinen Mißtrauens erfreut, auch in diesem Falle weiter walten zu lassen. Es sei denn, daß es der Regierung daran liegt, die allgemeine Empörung über die neue Schandtat der Soldateska bis zur Siedehitze zu steigern.

## Jahreskongreß der holländischen Sozialdemokraten.

H. N. Gaag, 25. Mai.

Während der Pfingstfeiertage hat in Haarlem der Jahreskongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei stattgefunden. Trotsira referierte über die Aufgabe, die Holland anlässlich der internationalen Konferenz in Genf zu vertreten haben werde. Er wünschte, daß die holländischen Vertreter darauf hinwirken, daß der Kampf um die internationale Abrüstung und die Abrüstung im eigenen Lande in Genf Unterstützung finden werde. Wahrscheinlich werden parlamentarische Mittel zur Erreichung dieses Planes nicht ausreichen. Trotsira war ferner der Ansicht, daß der Generalkongreß nur unter gewissen Voraussetzungen angewandt werden dürfe. Man habe z. B. in der Angelegenheit des holländischen Gasenarbeiterstreiks die Waffe des Generalkongresses nicht verwenden dürfen. Man solle sich nicht von verantwortungslosen Elementen, die nichts zu verlieren haben, leiten lassen.

Der Abgeordnete Schayer erklärte sich in der Hauptsache mit der Rede Trotsiras einverstanden, war aber der Meinung, daß vorläufig künftige Kriege nicht durch einen Generalkongreß verhindert werden können. Er wünscht, daß von holländischen Vertretern in Genf kein bindendes Mandat mitgegeben werde. Holland ist nicht in einen großen Krieg verwickelt gewesen und sollte deshalb bescheiden sein. Wenn die englischen, französischen und die deutschen Sozialdemokraten erklären, im Kriegsfall den Generalkongreß nicht propagieren zu können, so dürfe Holland nicht darauf drängen.

Der Parteivorsitzende Vliegen verteidigte die 2. Internationale. Man solle nicht glauben etwas zu erreichen, wenn man versucht, die 2. Internationale zu vernichten. Sie bleibe schließlich das einzige Stück Internationalismus, das überhaupt noch bestehe. Ueber die 3. Internationale, falls sie überhaupt bestehe, brauche nicht geredet zu werden. Holland wolle von dieser angeblichen 3. Internationale nichts wissen, jedenfalls sei der Versuch, die 2. und die 3. Internationale zu vereinen, gescheitert. Man müsse mit der Tatsache rechnen, daß nun einmal nicht alle Sozialdemokraten unter ein Dogma zu vereinen sind, und zu retten versuchen, was von der internationalen Organisation übrig geblieben ist. Der Antrag der 2. Internationale wurde mit großem Beifall angenommen.

# Der Wahlkampf.

## Verleumder rechts und links.

Von Wilhelm Dittmann.

„Vorwärts“ und „Rote Fahne“ arbeiten Hand in Hand, immer neue Verleumdungen gegen die U. S. P. und ihre Führer in die Welt zu setzen, um die Arbeiter zu hindern, unserer Partei, die längst die Massenpartei des revolutionären Proletariats geworden ist, bei der bevorstehenden Reichstagswahl die Stimmen zu geben.

In letzter Zeit benutzen die beiden Blätter Auszüge aus einem Buche des früheren Staatssekretärs des Reichens, Graf Brodorski-Rankau, zu diesem edlen Zwecke. Es wird versucht, Gaase und mir zu unterstellen, daß wir am 23. Dezember 1918 als Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten der Verfassung Brodorski-Rankaus zum Staatssekretär zugestimmt hätten, trotzdem dieser in Schriftstücken an Scheidemann ausdrücklich als Bedingung für seinen Eintritt den Kampf der Regierung gegen den Volkswissenschaft und Spartakismus und gegen die Arbeiter- und Soldatenräte gefordert hätte.

Der „Vorwärts“ hat daraus den Schluß gezogen, daß die Unabhängigen in der Zeit ihrer Mitverantwortung selbst die bittere Notwendigkeit dessen einsehen, was sie als Opposition leidenschaftlich bekämpfen.

Die „Rote Fahne“ schreibt dazu: „Das, was Brodorski-Rankau als sein Programm entwickelt, das war in Wirklichkeit von Anfang an das Programm der Gaase und Dittmann, das sie gemeinschaftlich mit Scheidemann und Tietz zu betreiben suchten.“

Beide Blätter stellen damit bewußt unwahre Behauptungen auf.

Scheidemann hat im Kabinett aus einem an ihn gerichteten Kopenhagener Privatbrief Brodorski-Rankaus diejenigen Stellen verlesen, die diesen als Diplomaten mit demokratischen Grundanschauungen erscheinen ließen. Nebenher erwähnte Scheidemann, der Graf scheine sich infolge der widersprechenden Pressmeldungen ein falsches Bild von unsern Zuständen zu machen und habe deshalb allerlei „Schafsmist“ darüber zusammengeschrieben, darauf brauche man aber nicht näher einzugehen, wenn der Graf erst im Lande sei, werde er bald ins rechte Bild kommen. Brodorski-Rankau ist dann nicht auf Grund seines „Schafsmist“-Programms, sondern auf Grund seines Bekenntnisses zu demokratischen Anschauungen zum Staatssekretär des Reichens ernannt worden.

„Vorwärts“ wie „Rote Fahne“ wissen das beide, sie wissen, wie unsinnig und lächerlich es ist, zu behaupten, wir Unabhängigen in der Regierung hätten ein Programm aufgestellt, das wir in Wahrheit unausgesprochen bekämpft haben. Beide Blätter wissen, daß wir es stets abgelehnt haben, mit Waffengewalt gegen die revolutionären Arbeiter vorzugehen und den Weg der Verständigung verlannt haben, so im Falle der Matrosen am Weihnachtabend 1918 und so bei der Sommererhebung 1919. Beide Blätter wissen, daß die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland bereits vor der Revolution abgebrochen waren, daß Tietz, Scheidemann und Landsberg sich dann weigerten, unsern Antrag auf Wiederaufnahme zuzustimmen und der Antrag deshalb mit Stimmengleichheit abgelehnt war, so daß uns nichts übrig blieb, als eine abschließende Behandlung der Sache zu empfehlen. Das alles ist bereits oft dargelegt worden. Beide Blätter wissen auch, daß wir Unabhängigen unausgesprochen die Rechte der U. und S. Räte vertreten haben, selbst wenn wir ihre einzelnen Maßnahmen nicht billigen konnten.

Die Vorgänge, die zu unserm Austritt aus der Regierung führten, reden ja für all diese Dinge eine deutliche Sprache. Derselbe „Vorwärts“, der sich jetzt nicht entschließt, zu behaupten, wir hätten dem Programm der Volkswissenschaften- und Spartakistenbekämpfung zugestimmt, hat uns im Dezember 1918 tagtäglich angegriffen, weil wir uns einer solchen Politik widersetzen. So schrieb der „Vorwärts“ am Morgen des 28. Dezember 1918, daß die Unabhängigen einen scharfen Schnitt zwischen sich und Spartakus vollziehen“ müßten. Am Abend desselben Tages verlangte er von uns wieder „eine scharfe Kampfeinstellung gegen den Spartakusbund“ und am 29. Dezember warf er uns vor:

„Die Unabhängigen seigen Wunden und schluden Kamele. Alles, was Spartakus verübt, ist für sie harmlose Kinderei und sie sind bereit, gegenüber diesem Treiben beide Augen zuzubringen.“

Am 30. Dezember 1918 schrieb der „Vorwärts“ gar: „wie die Unabhängigen überhaupt besteht, alle Spartakisten als harmlose Kinderlein hinzustellen und alle Abwehrmaßnahmen als „Gewaltmethoden“ zu beschuldigen.“

Aus diesen Zitaten geht klar hervor, daß wir Unabhängigen uns damals der blöden Volkswissenschaften- und Spartakistenbekämpfung ausgesetzt entgegenstellten haben und der „Vorwärts“ heute wider besseres Wissen das Gegenteil behauptet.

Aber auch die „Rote Fahne“, die die Dinge von 1918 eben so gut kennt, handelt wider besseres Wissen, wenn sie uns heute unterstellt, wir hätten damals gemeinsam mit Tietz, Scheidemann das Programm der Volkswissenschaften- und Spartakistenbekämpfung durchzuführen versucht. Die „Rote Fahne“ weiß sehr gut, daß wir Unabhängigen unausgesprochen die Gewaltpolitik bekämpft haben, die sich auf das alte Offizierskorps und das alte Heer stützen wollte und daß der Konflikt über diese Frage die Ursache unseres Austritts aus der Regierung gewesen ist. Deshalb ist diese Widerlegung der Verleumdungen von rechts und links die würdige Übergabe der von mir formulierten Fragen, die wir Unabhängigen vor unserem Ausscheiden dem Zentralrat, der Kontrollinstanz des Rates der Volksbeauftragten, zur Beantwortung vorgelegt haben.

Wir haben damals gefragt: „Biligt es der Zentralrat, daß die Kabinettsmitglieder Tietz, Scheidemann und Landsberg in der Nacht vom 23. zum 24. De-

zember dem Kriegsminister von in seiner Waise begrenzten Auftrag erteilen, mit militärischer Gewalt gegen die Volksmarineteilung in Schloß und Marzall vorzugehen?“

Gegenüber der irreführenden Antwort des Zentralrats haben wir dann erklärt:

„Wir können es nicht beantworten, daß einem Vertreter des alten Gewaltsystems die Verfügung über das Leben der Briten nach seinem Willen übertragen wird. Der Weg der Verhandlungen, der schließlich zum Ziele geführt hat, hätte in seinem Stadium der Verhandlungen verlassen werden dürfen.“

Angesichts dieser klaren Sachlage muß man schon die Dinge auf den Kopf stellen, wenn man uns Unabhängige als Mithilfende an der konterrevolutionären Gewaltpolitik der Tietz-Scheidemann auszugeben versucht.

In der Mitteilung des vom Generalkommando Lequis den Matrosen gestellten Ultimatum stimmte uns damals selbst der aus lauter Rechtssozialisten bestehende Zentralrat zu und er beantwortete deshalb unsere diesbezügliche Frage in diesem Sinne.

Wie wir Unabhängigen auf die Respektierung militärischer Beschlüsse des Kongresses der U. und S. Räte bedacht waren, zeigen unsere weitere Fragen:

„Biligt sich der Zentralrat für die sofortige Durchführung der vom Kongreß der U. und S. Räte gefassten Beschlüsse über die Wäffnung der Rangabzeichen und das Unterlassen des Wäffentragens außerhalb des Dienstes für die Offiziere im Heer und Marine?“

„Biligt es der Zentralrat, daß die Oberste Heeresleitung in einem vertraulichen Telegramm an die Obergruppen Oberoffiziere erklärt, sie erkenne diese Beschlüsse der U. und S. Räte nicht an?“

Diese Fragen beweisen, wie falsch es ist, uns Unabhängigen zu unterstellen, wir hätten zur Untergrabung der Stellung der U. und S. Räte und zur Festigung der Macht der alten Militärs beigetragen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wir haben völlige Auflösung des alten Heeres und Befestigung des Einflusses der Generikität gefordert. Das erhellt klar aus den beiden folgenden Fragen:

„Biligt der Zentralrat, daß statt der völligen Demobilisierung des stehenden Heeres nur eine Reduzierung desselben auf den Friedensstand unter Zurückhaltung und eventueller Auffüllung der beiden Jahresklassen 1907 und 1908 stattfindet?“

„Steht der Zentralrat mit uns auf dem Standpunkt, daß die Regierung der sozialistischen Republik sich militärisch nicht haben kann und darf auf die Generalität und die Reste des auf dem Absterbebergam aufgebauten alten stehenden Heeres, sondern nur auf eine nach demokratischen Grundrissen aus Freiwilligen zu bildende Volkswache?“

Schroff und präzise haben wir Unabhängigen uns damit gegen die Wiederbelebung des Militarismus erklärt und nur Willigkeit kann versuchen, uns die Mitverantwortung für die Schaffung der Freiwilligenkorps und der reaktionären Reichswache aufzubürden.

Genau bloße ist die von Kommunisten vorbereitete Mär, wir Unabhängigen hätten damals der Bildung der Baltikumformationen zugestimmt. Noch am Tage vor unserm Austritt aus der Regierung, als Tietz, Scheidemann und Landsberg der Kabinettsbildung fernabgeblieben waren, haben wir drei Unabhängigen den einstimmigen Kabinettsbeschuß gefaßt, daß sofort alle Truppen restlos aus dem Osten zurückzugehen seien. Wenn das nach unserm Ausscheiden nicht geschehen ist, so ist das nicht unsere Schuld.

Gerade in der jetzigen politischen Situation, nach den Erfahrungen des Kampfes, dürfte es jedem, der die vorstehenden Fragen durchnittsfrei liest, klar sein, wie richtig wir Unabhängigen in der Regierung das Zentralproblem der Revolution, die Sicherung der Macht für das Proletariat, erfaßt hatten. Wenn die Rechtssozialisten damals denselben Standpunkt eingenommen hätten, dann bestände das Proletariat noch heute die Macht und wir bräuchten nicht mehr darüber zu streiten, wie wir sie wiederbekommen und halten können. Andererseits hätten die Kommunisten uns damals unterstützen und stützen sollen, statt uns in der unsinnigsten und wahrheitswidrigsten Weise zu bekämpfen, dann hätten wir vielleicht die Rechtssozialisten aus der Regierung hinausschleudern und die Entwicklung in andere Bahnen drängen können.

Jedenfalls aber haben weder Rechtssozialisten noch Kommunisten ein Recht, uns für die Aut- und Gewaltpolitik, die seit unserm Ausscheiden aus der Regierung getrieben worden ist, verantwortlich zu machen. Um sie das dennoch, so müssen sie sich gefallen lassen, daß sie öffentlich als politische Verleumder gekennzeichnet werden.

## Die Reichswahlvor schläge.

In einer Sondernummer des Reichsausschusses vom 24. Mai 1920 veröffentlicht der Reichswahlleiter die vom Reichswahlamt für die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920 zugelassenen Reichswahlvor schläge.

Neben den von uns schon mitgeteilten Reichswahlvor schlägen der sozialistischen und bürgerlichen Parteien findet man hier noch eine Anzahl Parteien aufgeführt, deren Existenz erst durch den Wahlvor schlag in Erscheinung tritt. So haben Reichswahlvor schläge eingereicht eine sogenannte Alte Partei, eine Arbeiter-Partei, eine Nationaldemokratische Volkspartei (das sind die Antifemiten um die „Staatsbürger-Zeitung“), eine Christlich-Föderalistische Partei, eine Deutschsozialistische Partei und eine Kaiserliche Volkspartei. Es handelt sich bei all diesen Parteien um mehr oder weniger reaktionäre Gruppen und Kandidaturvor schläge.

Im ganzen sind 17 Reichswahlvor schläge eingereicht. Das zeigt am besten die trostlose politische Prognostik in Deutschland. Damit werden noch immer die besten Kräfte der Koalition befragt.

## Schleswig-Holsteinische Kandidatenliste.

Der Reichsausschuss der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für die Provinz Schleswig-Holstein stellt für die Reichstagswahlen folgende Kandidaten auf: 1. Bezirksleiter Fritz Dauten, 2. Genosse Jürgensen, Schulze, 3. Genosse Böll, 4. Genosse Heide, 5. Genosse Franz, 6. Genosse

Christiansen, Rendsburg, 6. Genosse Brunn, Dede, 7. Genosse Ringel, Norddehna, 8. Genosse Schweizer, Kiel, 9. Genosse Frehlich, Neumünster, 10. Genosse Dornhöl, Friedrichsdorf, 11. Genosse Brand, Bergedorf, 12. Genosse Schmidt, Flensburg, 13. Genosse Kruse, Neumünster.

## Die hinfende Demokratie.

Die rechtssozialistische Frankfurter „Volkstimme“ begrüßt den am Donnerstag gefassten und am Freitag wieder hinfendinterpretierten Beschluß der Nationalversammlung für Aufhebung des Belagerungs zustandes als eine „sozialistische Tat der Volkvertretung“. Das Blatt erklärt, der Belagerungs zustand sei in Deutschland rechtswidrig geworden, und es wehrt sich entschieden gegen den Versuch der Regierung, dem Beschluß auszuweichen, weil seine Form den Bestimmungen der Verfassung nicht entspreche. Auch ein Austritt des Zentralrats und der Demokraten aus der Regierung müsse entschieden abgewartet werden; das Proletariat könne sich nicht „mit der hinfenden Demokratie begnügen“, sondern müsse vor den Wahlen die volle Demokratie fordern. „Wir begrüßen“, fährt das Blatt fort, „den Beschluß der Volkvertretung mit Freuden und erwarten, daß die Regierung ihm Folge geben wird.“

Die gläubigen Frankfurter Rechtssozialisten werden aus allen Himmeln gefallen sein, als sie erleben mußten, wie sich ihre Reichstagsfraktion für die „hinfende Demokratie“ entschied, und dem, was die Frankfurter Volkdemokratie nennen, derbe Faustschläge ins Gesicht versetzte, indem sie sich dem Gebot der Gewaltregierung beugte und die saule Auslegung des Beschlusses wie der Verfassung anerkannte. Die Frankfurter Rechtssozialisten und die Arbeiterklasse überhaupt werden daraus lernen können, daß die Koalition, die das Übergewicht der Bourgeoisie und ihrer politischen Angewandten sichert, „sozialistische Taten“ selbst so beschleunigen Formals un möglich gemacht werden, und wie die „volle Demokratie“ durch den Koalitionszwang ins Nächerliche verrecht wird.

## Die eine reaktionäre Masse.

Einigung der bürgerlichen Parteien in Bayern.

Der Münchener Bürgertrat gibt bekannt, daß sich auf seine Veranlassung sämtliche bürgerlichen Parteien zu einer bürgerlichen Einheitspartei auf folgenden Richtlinien geeinigt: Die bürgerlichen Parteien kämpfen gegen die sozialistische Weltanschauung, gegen die Natur des Proletariats, gegen den marxistischen Klassenkampf und „Gleichmaderet“, gegen Sozialismus und Kommunismus, gegen allen Umsturz und Verführung, gegen Materialismus und „stille Verladung“. Sie treten ein für Ordnung, Recht und Aufbau, für ruhige Entwicklung auf gesunden Boden, sowie Verführung der Massen, für den Aufstieg jedes einzelnen durch Fleiß und Fähigkeit, für die bürgerliche Arbeit, für gesunde Entlohnung nach Leistungen, für die individuelle bürgerliche Wirtschaftsordnung, für Privateigentum, Familie und Erbrecht, für eine ideale Weltordnung, für stilles Weltanschauung und für vollgültige Erziehung und endlich für den nationalen Gedanken.

Die bürgerliche reaktionäre Ordnungsbewegung wartet mit Sehnsucht auf den Augenblick, wo sie diese in Bayern durchgeführte starke politische Organisation auf das ganze Reich ausdehnen kann. Sie hofft, daß der Ausfall der Wahlen die günstigste Gelegenheit herbeiführen wird. Das kann die Arbeiterklasse nur verhindern, indem sie selbst bei der Wahl geschlossen demonstriert für den Klassenkampf, für den Sozialismus, für die U. S. P.

## Heute, Mittwoch:

Wahlerversammlungen der U. S. P. D.

- Hellers: Beckstr. 80 (7 Uhr).
- Schulau, Ströcher Straße 42 (7 Uhr).
- Schulau, Gellertstraße 12 (7 Uhr).
- Schulau, Balladstraße 10 (7 Uhr).
- Lichtenberg: Schule Hauptstraße 7 (7 Uhr).
- Stahl: Gymnasium in der Heerstraße 734 (7 Uhr).
- Mariendorf: Gymnasium, Köpckestraße 8 (7 Uhr).

## Öffentliche Frauenversammlung

Neukölln: Karkgärten (7 Uhr).

Wahlwunder. Der „Vorwärts“ berichtet in seiner gestrigen Abendausgabe, ich hätte in einer Wählerversammlung der U. S. P. in der Köpenicker Wäfferei gesagt, wir gingen nicht etwa in das Parlament, um für die Arbeiter etwas herauszugeben, sondern nur, um unsere Ideen zu verbreiten. Der „Vorwärts“ knüpft an dieses „interessante Eingeständnis“ die Bemerkung, mancher Arbeiter dürfte sich dafür bedanken, einem Abgeordneten seine Stimme zu geben, der es ablehnt, die Lage der arbeitenden Massen zu verbessern. Ich stelle demgegenüber fest, daß die Mitteilung des „Vorwärts“ von Anfang bis zu Ende erfunden ist. Ich habe weder in der besagten Wählerversammlung gesprochen, noch auch an anderer Stelle je eine solche Äußerung gemacht.

Ein neues Zeitungsverbst. Das Erscheinen des „Altreichs-Volander Anzeiger“ ist wegen eines Urteils über die farbigen Truppen für drei Tage verboten worden.

## Die 4. Wahlnummer der FREIEN WELT

bringt wieder reiches Material für den Wahlkampf. Verbreitung in den Betrieben dringend erwünscht!



# Die Entwicklung der Valuta und die Ursachen der Wirtschaftskrise.

Vortrag, gehalten vor den Funktionären des Holzarbeiterverbandes.

Von Rudolf Hifferding.

**Vorbemerkung.** Inmitten eines ungeheuren Defizits der Volkswirtschaft, eines allgemeinen Warenmangels erleben wir eine Krise der Ueberproduktion. Noch geht uns der Ruf in den Ohren: nur Arbeit kann uns retten! Da stellt das Kapital in wichtigen Produktionszweigen Betriebe still und verhindert die arbeitswilligen Arbeiter an der Arbeit. Wenn je die Notwendigkeit der sozialistisch geregelten Bedarfsdeckungswirtschaft in die Augen springend war, so in diesem Augenblick, wo nach den Verwüstungen eines vierjährigen Krieges größtmögliche Anspannung der Produktion das wichtigste gesellschaftliche Bedürfnis ist. Da aber nicht das gesellschaftliche Bedürfnis, sondern das Verwertungsstreben des Kapitals über Ausmaß und Richtung der Produktion entscheidet, wird es möglich, daß in der Zeit größten Warenmangels die Waren unverkäuflich werden und die Produktion ins Stocken kommt.

Die nachstehenden Ausführungen, die auf den Wunsch der Verammlung hin veröffentlicht werden, suchen in möglichst populärer Darstellung die wichtigsten Momente, die zur Auslösung dieser Krise geführt haben, darzustellen. Eine wissenschaftliche Analyse müßte natürlich viel umfassender sein. Sie heute schon zu geben, ist auch deshalb sehr schwierig, weil uns selbst die wichtigsten Daten vorenthalten werden. Die Regierung hütet die Zahlen über die Entwicklung des auswärtigen Handels, über die Steuereingänge und andere Elementarfakten des Wirtschaftslebens immer noch als ihr Geheimnis. Auch die sonstige wirtschaftliche Berichterstattung liegt noch recht im Argen. Ebenso läßt sich nicht erkennen, ob die Regierung irgendeine Wirtschaftspolitik verfolgt, ob sie etwa eine bestimmte Stellungnahme zu den Valutaproblemen oder nach dem Verlangen der Erzbürgerlichen Steuerpolitik infolge Kapitalflucht und Steuerdefraudation bestimmte Finanzpläne befolgt. Fragen, die deshalb in der gegenwärtigen Situation nicht ganz fürwichtig sind, da der ganze Komplex der Geldentwertung und seiner Folgeerscheinungen der gegenwärtigen Krise einen besonderen Charakter aufprägt.

Im übrigen erinnert die gegenwärtige Krise an den früheren typischen Krisencharakter. Während die Krisen der letzten Jahrzehnte vor allem die kapitalistisch höchst entwickelten Zweige, also die Produktionsmittel-Industrien betrafen, sind jetzt vorwiegend die Konsummittel-Industrien betroffen. Die Krise kündigte sich in einer starken Kreditanpannung an und brach auf dem Warenmarkt als Abwärts- und Preisfall aus, die rasch zu einer Einschränkung der Produktion, namentlich in den Schuh-, Textil- und Holzbearbeitungs-Industrien führte. In der letzten Zeit nimmt die Krise immer deutlicher internationalen Charakter an, unbekümmert um die Währungsverhältnisse der einzelnen Länder. Dies zeigt am besten, daß sie nicht allein aus den Geldverhältnissen zu erklären, sondern daß ihre letzte Ursache zu suchen ist in der raschen Verengung des inneren Marktes, auf dem die Waren zu den hochgetriebenen Preisen nicht mehr absetzen sind.

### I.

In den letzten Wochen ist plötzlich eine Krise über unser Wirtschaftsleben hereingebrochen, die für viele recht überraschend gekommen ist. Die Gründe hierfür auseinanderzusetzen, ist nicht leicht, weil sie recht komplizierter Art sind. Wollen wir diesen Vorgang verstehen, müssen wir ausgehen von der Betrachtung der Entwicklung der Valuta. Wie hat sich der Geldwert entwickelt und welches sind die Ursachen für die außerordentlich starke Geldentwertung, die im Kriege begonnen und sich bis in die letzte Zeit hinein rapide fortgesetzt hat?

Sehen wir uns einmal einen einfachen Tauschvorgang an. Ein Schneider verkauft einen von ihm angefertigten Rock gegen 20 Mark (ich habe dabei Goldmark im

Auge) und kauft dafür ein Paar Schuhe. In diesem Austausch spielt das Geld, das Gold, nur eine vorübergehende Rolle. Daß ein solcher Austausch möglich ist, erklärt sich daraus, daß in dem Rock, in den 20 Mark Gold und in den Paar Schuhen gleich viel Arbeitszeit steckt, die zur Produktion dieser drei Dinge nötig waren. Aber das Gold vermittelt den Prozeß, und weil es als Vermittlung dient, kann es im normalen Ablauf dieser Austauschvorgänge ersetzt werden durch Geldzeichen. Wenn es sicher ist, daß der Schneider den Rock verkauft und das Paar Schuhe vorfinden wird, so ist es möglich, daß eine Bank ihm für den Wert des Rockes einen Wechsel ausstellt und er sich auf Grund des Kredites das Paar Schuhe kauft.

Dieser Vorgang vollzieht sich tatsächlich in der Wirtschaft in massenhafter Weise. Darauf beruht der Austausch, und er wäre nicht zu bewältigen, wenn das Gold in seiner körperlichen Gestalt verwendet würde. An die Stelle des Goldes treten die Kreditzeichen, und die

## Betriebsvertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre.

Heute Mittwoch abend finden in den nachbezeichneten Lokalen Versammlungen aller auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Betriebsvertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre statt und zwar:

Für das graphische Gewerbe:

Nachmittags 5 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Str. 43.

Für das gesamte Verkehrsgebiet:

Abends 7 Uhr, in den Musikertüren, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl.“

Referenten: Arthur Crispian, Paul Hoffmann, Grahamann.

Vertrauensmänner-Audienz und Mitgliedsbuch der Partei und der Gewerkschaft legitimieren. Ohne diese kein Zutritt.

Der Wahlauschuh der U. S. P. Groß-Berlin.

häufigste Form derselben ist die Banknote. Diese wird ausgegeben von einer zentralen Bank, die gesetzlich dazu bevollmächtigt ist. Die Bank räumt dem Verkäufer einen Kredit ein, weil sie weiß, daß er in einiger Zeit einen Gegenwert in Ware bekommen wird und dann in der Lage sein wird, den eingeräumten Kredit zurückzahlen.

Im Kriege hat der Staat die Reichsbank dazu benutzt, um sich künstlich Geld zu verschaffen. Die Reichsbank wurde von der Verpflichtung befreit, Noten nur gegen Warenwechsel auszugeben. Früher war das nur möglich, wenn mehr Güter produziert wurden. Die Menge der Geldzeichen entsprach den Bedürfnissen der Produktion und des Austausches. In dem der Staat erklärte, die Bank kann Geld, also Banknoten ausgeben, nicht nur nach den produzierten Waren, sondern sie kann dem Staate Noten zur Verfügung stellen gegen die von ihm ausgestellten Schuldscheine. In diesem Augenblick wurde die Notenmenge abhängig von den Bedürfnissen des Staates.

Infolge der Kriegsausgaben vollzog sich dieser Vorgang in sehr großem Maßstabe. Der Staat hat in normalen Zeiten seine Ausgaben durch Steuern gedeckt, d. h. er entnahm dem Vorrat aller Staatsbürger eine bestimmte Wertsumme. Jetzt begannen aber diese Steuern nicht mehr auszureichen, und der Staat verschaffte sich die verschiedenen Zahlungsmittel, indem er Noten bei der Reichsbank drucken ließ. Während also im Frieden die Menge der Banknoten von dem Umfang der Produktion abhing, wurde jetzt die Menge bestimmt von den Bedürfnissen des Staates, die sich wäh-

rend des Krieges außerordentlich vermehrt haben. Aber auch nach der Revolution gelang es nicht, die Ausgaben des Staates ins Gleichgewicht zu bringen. Wir haben seit der Revolution ein ungeheures Defizit, das man nicht genau kennt, das man aber gegenwärtig mit 2-3 Milliarden monatlich ansetzen kann. Der Staat hilft sich nun in der Weise, daß er sich von der Reichsbank diesen Betrag in Banknoten zur Verfügung stellen läßt. Es kommen hier aber nicht nur Noten in Betracht, sondern auch bestimmte andere Schuldverpflichtungen des Staates, aber im ganzen ist es so, daß wir in den letzten 1 1/2 bis 2 Jahren eine Vermehrung der Notenmenge etwa um 2 Milliarden Mark monatlich zu verzeichnen haben. Das hat dazu geführt, daß statt 1 1/2-2 Milliarden Mark, jetzt 60-65 Milliarden Mark Noten im Umlauf sind.

Diese Noten können zu nichts anderem verwandt werden als zum Ankauf von Waren. Wenn wir im Frieden eine Warensumme hatten, die auszutauschen war, und die 100 Milliarden betrug, so konnten wir, wenn wir annehmen, daß jede Note fünfmal im Jahre umgelegt wird, den Umsatz von 100 Milliarden Mark mit etwa 2 Milliarden Mark Noten bewältigen. Jetzt stehen aber einer Gütermenge, die bedeutend verringert ist, nicht 2 Milliarden, sondern 60 Milliarden gegenüber. Das hat zur Folge, daß eine ganz allgemeine Preisaufblähung erfolgt ist, weil einer verringerten Gütermenge eine stark vermehrte Notenmenge gegenübersteht. Dieser Vorgang erklärt sich daraus, daß während früher neues Geld Vermehrung der Produktion zur Voraussetzung hatte, jetzt vom Staate durch Geheißgebung künstliche Kaufkraft geschaffen wird, die nicht etwa fundiert ist dadurch, daß der Betreffende über Kaufkraft verfügt, weil mehr produziert worden ist, sondern es steht dieser künstlich geschaffenen Kaufkraft im Gegenteil eine verringerte Produktion gegenüber.

Die Aufblähung aller Preise, die Inflation, wie man es nennt, erfolgt zunächst innerhalb der Grenzen einer bestimmten Volkswirtschaft. Aber auch im Ausland machen sich diese Verhältnisse sehr bald geltend. Der ausländische Käufer, der in Deutschland kaufen will, sieht, daß die Mark, die er zur Bezahlung braucht, bedeutend weniger wert geworden ist im Verhältnis zu den Gütern, die er braucht. Durch die Vermittlung des auswärtigen Handels machen sich die Störungen des inländischen Austausches auch international geltend. Das Verhältnis der inländischen Währung, der Mark, zu der ausländischen Währung, zum Schweizer Franken, amerikanischen Dollar, englischen Pfund ist gegeben durch den Wechselkurs, d. h. durch die Menge Geldes, die ich brauche, um 100 Franken in deutsche Mark einzutauschen zu können. Wenn vor dem Kriege 100 Franken gleich waren 80 Mark, so mußten bereits während des Krieges für 100 Schweizer Franken 120, später 150 Mark gegeben werden. Seitdem die Auslandsbeziehungen wieder aufgenommen worden sind, haben wir ein andauerndes Sinken der Valuta zu verzeichnen gehabt. Ende Februar, Anfang März war das Verhältnis so, daß wir für 100 Schweizer Franken gegen 2000 Mark geben mußten. Die Mark war damit auf weniger als den zwanzigsten Teil ihres früheren Wertes reduziert worden. Sie war im Verkehr mit dem Auslande nicht mehr 100 Pfennig wert, sondern nur 5 Pfennig.

Die Entwertung des Geldes vollzieht sich aber verschieden, und zwar verschieden in bezug auf den Inlandmarkt und den Auslandsmarkt. Die Preisentwertung im Inlandsmarkt kommt am raschesten zum Ausdruck da, wo freie Wirtschaft herrscht. Im letzten Jahre ist der Preis der freien Wirtschaft beständig erweitert worden. Wesentliche Eingriffe des Staates erfolgten vor allem für zwei Kategorien, und zwar für die Lebensmittel soweit sie rationiert sind, und für den Wohnungsmarkt. Die Preise für Wohnungen haben sich verhältnismäßig wenig gehoben. Abgesehen von den staatlichen Eingriffen in die Preisbestimmungen, ist es eine alte Erfahrung, daß die Geldentwertung auf die verschiedenen Güter verschieden wirkt. Im allgemeinen kann

## Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Kuzenruber.

Mit dem Nichteinmengen des alten Sternsteinhofbauers In die Wirtschaft des jungen hatte es bald ein gar eigenes Bewandnis. Der junge Bauer war nämlich des guten Glaubens, es sei kindleichts, sich als Herrin des großen Anwesens aufzuspielen, denn all die Jahre her war es nicht anders gewesen, als mache sich da alles von selber; er erhielt gleich den andern sein Teil Arbeit aufgetragen, und wenn er irgend sonst mit Hand anlegen wollte oder eine Frage ihm beifiel, so ließ es der Alte weder an Unterweisung, noch Aufklärung fehlen, aber der Toni war nicht sonderlich neugierig, und der Alte, ungefragt und unangegangen, gar nicht mittelbar; der letztere wollte ja noch eine gute Weile „hausein und hausein“, und dann erst, etwa ein Jahr vor der ihm gelegenen und genehmen Hochzeit des Sohnes, Anlaß nehmen, den Burschen in alles und jedes vom Kleinsten bis ins Größte einzurichten und sich nicht Zeit und Mühe reuen zu lassen, bis derselbe sich tüchtig „eingeschossen“, das hatte sich nun der Bub durch das „hinterlistig“ n Babern um's Seine narren“ gründlich verschert. Gar bald trat manches an den jungen Bauern heran, wo dieser nicht Rat wußte; das Gesinde befragen, ging doch nicht an, der Schwiegervater zu Schwenddorf war denn doch etwas aus der Hand gelegen, und merkte der, wieviel in fremder Wirtschaft auf sein Weinen anläme, dann konnte sich derselbe mit der Zeit gar unliebbar überheben, so blieb denn schließlich, wenn sich eine Sache recht zweifelhaft anließ, dem Toni nichts über, als den alten Sternsteinhofbauer auszuholen. Er schlich dann immer hinzu und rebete so nebenhin und nebenher, tat dabei das Maul kaum auf, aber spitzte desto mehr die Ohren. „Sag' mal, was war da aller Brauch? Der neue Konnt' etwa nit taugen,“ oder: „Damit halt' ich's wohl anders wie du, was meinst' d' dazu?“ Der Alte streckte sich dann jedesmal, sog die Luft ein,

daß sein breiter Brustkasten sich hob, und dröhnte dann heraus: „Was fragst d' noch in al'm Brauch und wie's andre halten? Tu', wie d' glaubst, wird ja recht sein, bist doch der Herr! Zwei Anordner taug'n nit af ein'm Anwesen, wie d' einmal g'sagt hast. Liegt dir d' Arbeit a'schwer auf, was nimmst denn kein Pflöger, wie d' dich in der nämlichen Red' hast verhalten lassen? Schau halt um ein' ord'nlichen. So ein Pflöger pflögt freilich dorerst sein' Saad, aber versteht er was, so erwirtschaftet er doch mehr, als wie er dir stehlen kann, nur wann er nit versteht, is's g'schelt, dann geht er mit der vollen Taschen und dir bleibt a Loch in der dein'n.“

Der junge Bauer mochte, wie oft er wollte, in den saueren Apfel beißen, er trug nichts davon als stumpfe Zähne; er begann ernstlich zu sorgen, Schadens wegen, — daß er es für den Spott der Umgegend nicht brauche, das mußte er; — in seiner Not vertraute er sich der Bäuerin an, diese machte zwar große Augen und schüttelte bedenklich den Kopf, aber sie war sofort entschlossen, die Sache in die Hand zu nehmen, um den Alten umzustimmen, seit der dahintergekommen, daß sie um den Streich, dem man ihm mit der Wette gespielt, nicht vorher gewußt habe, war sie ihm als Schwiegertochter viel leidlicher geworden. Sali lief von der Stelle zu ihm und sprach auf ihn ein, sie klagte die Verlegenheit ihres Mannes, und da müsse sie nur frei gleich herausragen, daß der schwächlich leichtfertig gehandelt hätte, weil er sich zugedrängt, wo er doch zuvor wissen konnte, daß er nicht aufkäme, aber der Vater möchte bedenken, daß auch sie mitbetroffen würde und doch an allem Geschehenen nicht die geringste Schuld trage, und wie schab' es um das schöne Anwesen wär', und daß der Toni, wenn gleich recht unbekannt, doch kein Einziger sei, — und so betratte und schmückte sie dem Alten die nötigen Ratschläge und Auskünfte ab.

Was dem alten Sternsteinhofer die Junge löste, war aber nicht etwa etwas von Gerechtigkeitssinn, der sich dagegen setzt, Unschuldige mit den Schuldigen leiden zu lassen, wer das gedacht hätte, der konnte den Alten schloß; dessen

Inkonsequenz entfloß keiner so lauterer Quelle, sondern — mit Bedauern sei es gesagt, — einem weiten, überbollen Becken menschlicher Schwachheit. Wohl widerstand es ganz und gar seinem anfänglichen Vorjabe, hübsch beiseite zu stehen und ruhig zuzusehen, wie die jungen Leute abwirklichstaketen, daß er nun dem einen Teile ratend beizuging und dadurch die Fehler des anderen ausglich, aber nach wie vor blieb er gegen Toni unfreundlich, dessen Dank und Annäherung er schroff zurückwies; das hätte dem jungen Bauern allerdings nicht schwer aufzulegen, doch als er sich recht bequem zu machen dachte, und die Bäuerin zu direktem Anfragen an den Vater veranlaßte, da sagte der: „Et, du irrst wohl, das und das weiß der Toni sicher, er hat mit darüber nichts verkaufen lassen.“ So mußte denn jeder Angelegenheit halber vorab der Bauer keine Not klagen und eingestehen, daß er nicht auswisse, und dann die Bäuerin ihres Mannes „Uebernehmen“ bedauern und Abhilfe erbitten, das war es, worauf der alte Sternsteinhofer bestand, dieses Demütigen und Betteln schmückte seiner Eitelkeit!

Allerdings waren die jungen Sternsteinhoferleute keine gemeinen Nottschiffe, sondern von einer edleren Gattung, etwas blaue, und es kostete sie einige Ueberwindung, sich zu solchen gefügen und schmiegenderen Schlichen zu verstehen, als sie aber merkten, daß der alte Rabe auf andere Weise nicht zu bewegen war, den Säbnabel aufzubereiten und dem Käse sollen zu lassen, ergaben sie sich darein und laßen ihn seinen Willen, um den ihren durchzugehen.

Unter solchen Umständen, alles ihm zukommenden Respektes sicher, eilte es dem Alten gar nicht, seine Ausnahm' unter Dach zu bringen, doch als etwa nach einem Jahre auf dem Sternsteinhof ein Kleines zu erwarten stand, da ließ er sich die Verlobungung des Baus sehr unangenehm sein, brachte Stunden auf dem Arbeitsplatz zu und schalt und eiferte mit den Werkleuten, denn tobach das Kind oben einzog, wollte er herunterziehen; „an dem Bergschnee sind' eu in sein'm Alter mehr kein' Gefallen“, sagte er.

(Fortsetzung folgt.)

man sagen, daß je notwendiger ein Produkt ist, um so schneller wird der Preis sich der Geldentwertung anpassen. Das haben wir ja alle bei der Freigabe des Lebens sehen können. Dann aber ist es eine alte Erfahrung, daß eine Ware am langsamsten sich der Entwertung des Geldes anpaßt, und das ist die Ware Arbeitskraft. Bei der Ware Arbeitskraft ist immer mit einem stärkeren Widerstand der Unternehmer gegen diese Anpassung zu rechnen. Diese Anpassung muß erkämpft werden, und die Kämpfe sind um so schwerer zu führen, je häufiger die Lohnanpassungen nötig sind, denn diese Kämpfe schwächen die Gewerkschaften und machen die Macht der Arbeiterschaft geringer. Wir sehen hier, je weiter die Geldentwertung fortschreitet, um so größer ist die Differenz zwischen dem Lohn und der Kaufkraft des Lohnes. Diese verlangsamte Anpassung der Löhne an die Preise im Verlauf der Geldentwertung ist ein wichtiges Moment für die Erklärung der jetzigen wirtschaftlichen Situation.

### Die Beamten verdienen schon wieder zu viel!

Der Deutsche Beamtenbund sendet der Presse folgende Zuschrift:

Daum ist die neue Besoldungsordnung verabschiedet, da kann es sich eine ganze Anzahl von Blättern nicht verhehlen, die Bevölkerung darauf hinzuweisen, daß nun die Beamten in Höhe und Größe haben, und sie eigentlich mehr bekommen, als sie erwartet hatten. Das ist denn doch eine starke Verkennung des wirklichen Sachverhalts. Die Beamten haben keinen Zweifel darüber gefaßt, daß die ihnen gewährte Besoldung auf keinen Fall dem entspricht, was sie nach der Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse eigentlich erhalten müßten. Die bewußtesten Säule hätten vor einem halben Jahre vielleicht ausgesprochen, heute sind sie durch die gewaltig gestiegenen Preise der letzten Monate längst überholt, und es kann gar keine Rede davon sein, daß sie jetzt dem Beamten gestatten, so zu leben, wie es notwendig wäre. Nach den von Dr. Friedrich Lübke, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig, auf Grund der amtlichen Steuerungsdaten angestellten Berechnungen ergibt sich, daß die Ausgaben für die fünfköpfige Familie von Anfang des Jahres 1930 bis Ende des 1931 R. pro Monat auf 700,00 R. gestiegen sind, das ist also um fast 50 Prozent. Dabei ist aber zu bemerken, daß es sich hier nur um die allerersten notwendigen Bedarfsartikel handelt, nicht einmal Kleidung, Mäße und Schuhwerk sind berücksichtigt. Vergleicht man diese Beträge mit dem neuen Einkommen der Beamten, so muß jeder, der vorurteilslos die Dinge betrachtet, zu der Überzeugung kommen, daß die neue Besoldungsordnung für die Beamten zwar den Verhältnissen etwas entgegenkommt, daß sie aber trotz der anscheinend hohen Zahlen, die man nun und nimmer mit früheren Besoldungsstufen vergleichen kann, noch lange nicht alle Not aus den Beamtenhäusern verbannt haben kann. Es wäre gut, wenn die Presse das endlich berücksichtigen wollte, anstatt durch ganz unangebrachte Bemerkungen die Bevölkerung in den Glauben zu versetzen, als ob die Beamten jetzt förmlich im Gede schwimmen.

Wir geben dieser Zuschrift gern Raum und empfehlen den Beamten, genau zu beobachten, welche Blätter außer uns die berechtigten Beschwerden ihrer Organisation abdrucken und welche sie unterdrücken. Schon daraus werden sie wichtige Schlüsse auf die Haltung der durch die einzelnen Blätter vertretenen politischen Parteien zu den Forderungen der Beamten ziehen und Erfahrungen sammeln können, die für die Stellungnahme der Beamten im Wahlkampf ungemein bedeutungsvoll sein müssen.

### Löhne und Preise.

Zu der am Sonnabend abend veröffentlichten Kundgebung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gegen jede weitere Lohn- und Gehaltssteigerung liefert ein Artikel, den der rechtssozialistische Abgeordnete Bus im „Böhmischen Volksblatt“ veröffentlicht, eine hübsche Illustration. Bus weiß nach, daß der in den Preisen der Kohle enthaltene Lohnanteil seit 1919 nicht gestiegen, sondern auf 47 auf 44 v. H. gefallen ist. Er schreibt dann weiter:

Erstaunlich ist, daß Besoldungen sich über die wiederholten Lohnsteigerungen ausbreiten, obwohl doch dieser Zusammenhang bekannt sein muß, daß fahrende Bergwerksbesitzer in Besoldungen mit dem Wirtschaftskreislauf im Einklang von Arbeitervertretern erklärt haben, die Löhne seien noch zu niedrig! Da wird auf unsere höchste Kohle bezwungen und hingedrängt auf eine Erhöhung der Preise im Ausmaß des Geldwertverlustes. Daß eine solche Preiserhöhung uns nicht nutzen kann, ist klar, aber wie kommen die Besoldungen dazu, über „hohe Bergarbeiterlöhne“ zu kagen, ihnen die Schuld an der Kohlerückbildung zu geben, während nachweislich Höherer der Bergarbeiterlöhne bis Arbeitervertreter förmlich aufmuntern, höhere Löhne zu fordern, woraus natürlich prompt auch die Kohlenpreiserhöhung gefordert wird?

Zufällig sind seit der letzten Preiserhöhung die Kohlenpreise um mehr als 20 Mark pro Tonne heraufgesetzt worden, während die Kohnerhöhung für die Tonne nur etwa 6 Mark betrug. Aber so war ja die Praxis nicht nur der Unternehmer im Kohlenbergbau: Man reizte die Arbeiter an, höhere Löhne zu fordern, um dann die unterhöllmähig hochgesetzten Preise mit dem Hinweis auf die Begehrlichkeit der Proletarier rechtfertigen zu können. Vielleicht mochten sich aber Herr Bus und seine Freunde an diesem Beispiel auch einmal den Wert der Arbeiterschaften schätzen klar, in denen sich die Arbeitervertreter mehr als einmal von den Unternehmern zu diesem frivolen Spiel, bei dem sie zuletzt die Dummen geblieben sind, haben verleiten lassen.

### Ein reaktionäres Wirtschaftsprogramm.

Die stinken Fieber der Mehrheit der deutschen Intellektuellen fänden jederzeit dem Kapital und seinen Ausbeutungsinstrumenten völlig zur Verfügung. Die Zahl der Schriften, in denen sie dem rauen Profitgeheimen des Unternehmertums ein verlockendes ideologisches Pantelchen schmiedeln oder die Latzchen des Wirtschaftskreislaufes zurechtlegen, daß sie der Verherrlichung des Kapitalismus dienen könnten, ist Legion. Kammerpräsident Meißel hat sie nun wiederum um eine vermehrt, die „Die Volkswirtschaft des deutschen Wiederaufbaus“ heißt. Die Schrift soll eine Untersuchung der Lage und Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens und eine

Bewertung des Einflusses von Krieg und Revolution auf die Wirtschaft sein. Dieses Vergnügen könnte man dem Verfasser und seinen Lesern noch gönnen. Gefährlich wird er aber, indem er praktische Vorschläge zur Förderung des Wiederaufbaus macht. Da die militärische Dienstpflicht nicht mehr existiert, der deutsche Arbeiter aber noch Anhaft dieser Leute doch irgendwo „dienen“ muß, fordert der Mann eine allgemeine wirtschaftliche Dienstpflicht für alle Betriebe der Handarbeit. Jeder Mann soll zwischen dem 20. und 30. Lebensjahr ein Jahr praktisch in einem lebenswichtigen Betriebe arbeiten. Herr Meißel scheint sich also so etwas wie eine gigantische „Technische Rotkiste“ auf Grund allgemeiner Dienstpflicht vorzustellen. Ferner schlägt der Mann die Erhebung des Achtstundentages durch den neunstündigen Maximalarbeitstag vor.

Dagegen zu polemisieren lohnt nicht. Bemerkenswert ist jedoch, daß das „Berliner Tageblatt“ das Buch bespricht und es seinen Lesern als eine großangelegte Analyse der Wirtschaftsverhältnisse empfiehlt, die dem Leser einen tiefen Einblick in den derzeitigen Stand der deutschen Wirtschaft gewährt. Das ist ein neues Symbol für den in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen absolut reaktionären Charakter dieses Blattes, den wir oft gekennzeichnet haben und der ein nur zu gutes Spiegelbild der Haltung der demokratischen Partei auf diesen Gebieten ist.

Wägen sich die Arbeiter und Angehörigen auch das zum 6. Juni merken.

### Krisis in der plätzlichen Schuhindustrie.

T. U. Pirmasens, 24. Mai.

Infolge der trostlosen Lage der Pirmasenser Schuhindustrie hat sich die Zahl der beschäftigungslosen Schuharbeiter auf rund 30 000 erhöht. Mehrere große Schuhfabriken sind gezwungen, ihre Schuhfabriken, die einen Millionenwert darstellen, zu stark ermäßigten Preisen zu veräußern oder zu verkaufen. Die Krise der Schuhindustrie wirkt auch auf den Geschäftsgang der übrigen Betriebe äußerst ungünstig ein.

Wenig wurde in sämtlichen Kreisen der Zweibrücker Schuhindustrie der Arbeiterschaft mit 14tägiger Frist gekündigt. In mehreren Großbetrieben wurde bereits zu teilweise Arbeiterentlassungen geschritten. Die gegenwärtige Krise ist eine der härtesten, die jemals in der plätzlichen Schuhindustrie zu verzeichnen war.

### Internationale Solidarität.

Nachstehend geben wir das Manifest des englischen Komitees „Hände weg von Rußland“, über dessen Solidaritätsaktion wir in Nr. 189 kurz berichteten, nach „Daily Herald“ vom 20. Mai wieder:

In alle organisierten Arbeiter Englands.

1. Im November 1917 warfen die Arbeiter Englands das Joch des Faschismus und Kapitalismus von sich ab.
2. Seit dieser Zeit haben sie unerschütterliche Bedrückungen bei der Verteidigung ihres Ideals eines sozialistischen Staates erlitten.
3. Die Alliierten haben auf allen Fronten Krieg gegen sie geführt und haben noch eine schändliche, ungeheuerliche Blockade über sie aufrecht, die Hunger, Entbehrungen und selbst den Tod über unzählige russische Arbeiter und ihre Familien bringt.
4. Die Haltung der Alliierten im allgemeinen und die Englands im besonderen, das die russischen Gegenrevolutionäre mit Waffen, Geld, Material und Militär-Divisionen sowie mit politischer Sympathie unterstützt hat, ist das größte Verbrechen gegen die Demokratie, das je die Weltgeschichte gesehen hat.
5. Trotz aller dieser Schwierigkeiten haben sich die russischen Arbeiter und Bauern durchgesetzt.
6. General Judenitch und Denikin sind schändlich aus Rußland hinausgetrieben worden. Die Drohpuppe der englischen Regierung, Admiral Koltschak, ist mit seinen Heeren vernichtet.
7. Welche andere europäische Regierung hätte sich so lange unter so großen Schwierigkeiten am Leben halten können, wenn sie nicht den Willen der Mehrheit des Volkes hinter sich hätte?
8. Die Bolschewiki sind durch eine schamlose Lügenkampagne in fast jeder europäischen Zeitung diskreditiert worden. Diese Falschungen sind jedoch von jedem unabhängigen Besucher Rußlands widerlegt worden.
9. All die Verleumdungen und Pogrome, die unter der Führung der gegenrevolutionären Generale begangen worden sind, lassen selbst das geringfügig erscheinen, was Woskoff der Sowjetregierung zur Last gesetzt hat.
10. Die alliierten Regierungen intelligieren trüger gegen die Arbeiter von Sowjet-Rußland. So folgte z. B. auf Lord Curzon's Appell an die Weltmacht, die Gesundheitsgefahren einzustellen und die Unerschlichkeit der Arme zu garantieren, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, sofort die Offensiven der Japaner in Sibirien, General Wrangels in der Arme und Polens gegen Rußland. Die japanische Vertreter in Sibirien, Masubata, verriet die wahre Bedeutung dieser Offensiven, indem er vor Offensivität antrat, daß Japan keine Sonderaktion unternähme, sondern daß ihre Politik die Billigung der Alliierten gefunden hätte. Das ist allen Arbeitern der Welt ein Zeichen, daß man keiner Erklärung eines alliierten Diplomaten trauen kann.
11. Die Verbrechen des Weissen Terror in Finnland, Deutschland und Ungarn zeigen, daß hunderte und tausende von russischen Arbeitern niedergemetzelt würden, wenn die Gegenrevolution siegen würde.
12. Die trostlose allgemeine ökonomische Lage verlangt gebieterisch sofortigen Frieden zwischen den beiden Hälften Europas. Die rasch wachsenden Kosten des Lebensunterhalts sind eine direkte Folge des Krieges gegen das revolutionäre Rußland. Die Gebiete von Rußland, über die jetzt die Wogen des Krieges gehen, sind eine der größten und produktivsten Zuckerrüben Europas.
13. Nach dem allgemeinen Glauben, daß der Krieg seit 1914 verursacht hat, sollte die Kraft dieser Millionen, die jetzt geerdnet, endlich der produktiven Arbeit gewidmet werden.
14. Die Regierung hat das Parlament über Rußland belogen, geht abt, daß sie auch nicht zum Kartell hält.
15. Die Einseitigkeit wurde, durch einen Streik befreit, ein Streik erhöhte den Lohn der Eisenbahner; die Regierung fürchtet allein den Streik.
16. Die Unterzeichneten rufen auch auf, das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses und des Exekutivkomitees der Labour Party zu ersuchen, sofort eine Nationalkonferenz einzuberufen, um einen unabhängigen Generalfreil zu erklären und den Frieden mit Rußland zu erzwingen. Der Aufruf ist von W. Parnell und Gewerkschaftsführern unterzeichnet. Darunter Lansbury, Tom Mann, Malone und Wedgwood.

### Bredergruß aus England.

Uns wird geschrieben: Ein bekanntes Mitglied der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei (Independent Labour Party), Herr J. W. D. D. von der Ortsgruppe Sheffield, der sich zur Zeit in Berlin aufhält, hat soeben einen Brief aus England erhalten, der in bedeutsamer Weise zeigt, wie die durch den Krieg geschaffene Bitterkeit in der Arbeiterbevölkerung nunmehr durch einen Geist der Freundschaft und des Solidaritätsgefühls mit dem deutschen Volke abgelöst wird. Der Brief enthält eine Entschließung, die die freundschaftlichen Gefühle für Deutschland ausdrückt und von dem Rat der Gewerkschaften und Arbeiter von Sheffield ( Trades and Labour Council), bestehend aus 150 Delegierten, die zwischen 80- und 100 000 britische Gewerkschafter, Sozialisten und Mitglieder der Arbeiterpartei vertreten, mit nur einer abweichenden Stimme angenommen wurde. Um sich die Bedeutung dieser Entschließung klarzumachen, muß man sich vergegenwärtigen, daß Sheffield das Essen von England ist. Während des Krieges war es ein wichtiges Zentrum für die Herstellung von Munition und die militärische und deutschfeindliche Stimmung war gerade dort mutungemäß sehr hoch. Der Stimmungsumschwung an einem solchen Ort ist daher äußerst bedeutend. Der Schriftsteller des Kongresses der Gewerkschaften und Arbeiter sagt in diesem Brief:

„Wenn man überlegt, weshalb ein Schicksal eine solche Entschließung noch vor etwa 2 Jahren gehabt hätte, so ist es ganz deutlich, daß die Bitterkeit, die damals vorherrschte, jetzt völlig ausgelöscht ist und daß die Arbeiter der ehemals feindlichen Länder zu befreien beginnen, daß sie die willigen Werkzeuge eines imperialistischen Kapitalismus waren.“

Die Entschließung, die der Kongress der Gewerkschaften und Arbeiter von Sheffield den Arbeitern von Deutschland zu übermitteln wünscht, lautet:

„Freundschaftliche Grüße an die Arbeiter in Deutschland! Die diese Versammlung des Rates der Gewerkschaften und Arbeiter von Sheffield, der die organisierte Arbeiterkraft von Stadt und Distrikt Sheffield vertritt, wünscht durch den Genossen D. D. D. den Arbeitern in Berlin und anderen Teilen Deutschlands die herzlichsten Grüße der Arbeiter Sheffield's zu senden.“

In warmer Anteilnahme an dem Kampfe der deutschen Arbeiter, die furchtbaren Folgen des Krieges und eines grausam ausbeutenden Kapitalismus zu überwinden und in Erkenntnis der noch vorhandenen Hemmnisse und Schwierigkeiten, die ihnen aus den Plänen eines reaktionären Militarismus erwachsen, wünschen wir unsern Genossen, den Arbeitern in Deutschland, zu versichern, daß die Arbeiter bei uns vor den gleichen Problemen und Schwierigkeiten stehen und daß daher ein gemeinsames Band des Interesses und der Sympathie sie mit ihnen verbindet und Ansporn zu finden sucht in gemeinsamem Streben um einen Solidaritätsgehalt zwischen den Arbeitern beider Länder und ebenso aller anderen Völker.

Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!  
ges.: G. O. Müller,  
Schriftführer.

### Umgebung von Moskau.

Der Zentralkomitee unserer Partei ging aus Moskau folgende Rundgebung zu:

An den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

In dem glänzenden Sieg des deutschen Proletariats über den Versuch eines reaktionären Staatsreiches erblickt die sozialdemokratische Partei Rußlands (Leninist) eine neue Etappe in der aufsteigenden Entwicklung der glorreichen unbesiegbaren deutschen Revolution. Die Sozialdemokratie Rußlands ist seit dem Übergang, der gemeinsame Sieg aller deutschen Arbeiter, bereinigt auf den Boden des revolutionären Massenkampfes, dem deutschen Proletariat, die nötige Kraft geben wird, um alle Macht in seine Hände zu übernehmen und den Sozialismus zu verwirklichen.

Es lebe die deutsche, es lebe die internationale, sozialistische Revolution!

Für das Zentralkomitee: R. Abramowitsch, S. Usherowitsch, A. Manot.

Für das Moskauer Komitee: K. Jugata, L. Domantsewitsch, R. Polkin.

Für die sozialdemokratische Fraktion des Moskauer Arbeiterrates: M. Dahn, K. Krasoff, A. Krasnowitsch.

Moskau, 24. März 1930.

Diese Rundgebung wurde, wie das Datum ausweist, verfaßt zu einer Zeit, als die ersten Nachrichten über den entschlossenen Kampf des deutschen Proletariats nach Rußland gelangt waren. Die Hoffnung der Arbeiter, von denen die Rundgebung ausgeht, hat sich nicht erfüllt. Aber ihre Erfüllung ist nur eine Frage der Zeit. Das auf dem Boden des revolutionären Massenkampfes stehende Proletariat wird die Eroberung der politischen Gewalt erforderliche Kraft ausbringen und trotz der bevorstehenden und unvorhergesehenen Reaktionen, den Sozialismus durchzuführen.

### Die Helfershelfer der Reaktion.

Zu einem Mann, der weit über das Land hinaus Aufmerksamkeit verdient, gefaßtete sich das Vergehen der Regierung gegen den vom Zentrum verfolgten Hauptlehrer Rung in einem vorerit Freilicht. Dieses überaus wichtige Mitglied der kommunistischen Partei wurde auf Grund der Verfassung die Erteilung des schulpflichtigen Religionsunterrichtes ab. Das Unterrichtsministerium ordnete die Vernehmung des Lehrers an und leitete dann eine Disziplinaruntersuchung gegen ihn ein, weil er in den Tagen des Kampfes vom Schullehrer fernblieb, nachdem er auch vorher schon einen erteilten Urlaub zur Abhaltung kommunikativer Versammlungen benutzt hatte.

Am 22. März erfolgte die Dienstenthebung des Hauptlehrers Rung, obwohl der Freilichtler Regierungsschlichter Landtagsabgeordneter Königsberger dem Unterrichtsministerium mitteilte, er habe den Rung zur Anwesenheit während der Pausen in Freilicht angefordert, um sich seinen großen Einfluß innerhalb der deutschen Arbeiterschaft zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu bedienen. — Nach langen Verhandlungen in der deutschen Nationalen und Zentrumspresse ist nun der Fall „Rung“ auch im Hauptauschuß des badischen Landtages zur Verhandlung gekommen. Der Unterrichtsminister Professor Hummel (Demokrat) fand mit seiner Verurteilung der Tat des kommunistischen Rung und dessen regierungsschlichter sozialistischen Professors die Zustimmung aller Vertreter der bürgerlichen Parteien. Der Minister wies Königsbergers Auffassung ab, daß man am 10. März beim amtlichen Generalfreilicht auch die Schulen hätte schließen müssen, sofort zurück mit Zustimmung aller bürgerlichen Parteien bleibt es also bei der Maßregelung eines Lehrers, der während der Pausen den Unterricht verweigerte, um sich selbst mit Selbst und Leben gegen die reaktionäre eingesehen zum Schutze der Verfassung! Und das geschieht im Lande der so genannten Demokratie der Welt unter einem rechtssozialistischen Präsidenten!

# Gewerkschaftliches.

## Zum Freireugehilfenstreik.

Partei- und Gewerkschaftsgegnern!

Unterstützt die streikenden Freireugehilfen und Gehilfen in ihrem Kampfe, indem ihr nur die streikenden Arbeiter- und Arbeiterinnen für Damen und Herren befehlen. Genossen, eure Unterstützung sichert unseren Sieg im Kampfe um unsere gerechten Forderungen.

Wir wollen arbeiten, damit wir den Kampf gewinnen. Bist Euch nur da bedürfen, wo die selben Platte der Zentralleitung aushängen. Alle anderen Betriebe innen als nicht geregelt betrachtet werden.

Da in den Betrieben ständig 8-150 Kollegen beschäftigt sind, ist eine schnelle Abfertigung garantiert. Die Bedienung wird von nur erkrankten Arbeitern hygienisch und sauber ausgeführt.

Unterstützt und! Hebt Solidarität!

Die Zentralleitung.

Jodel, Schuler, Neuschke, Schwang, Pröschke.

Am 2. Pfingstfeiertag vormittag versammelten sich die streikenden Freireugehilfen und Gehilfen in der Köhler-Druckerei um Stellung zu nehmen zu der Antwort der Arbeitgeber. Der Referent Neuschke, von der Zentralleitung, teilt der Versammlung unter fürnehmlichen Blickes die 3 Punkte als Antwort der Arbeitgeber mit und brachte in scharfer Weise zum Ausdruck, daß es nicht anders gehen kann, dieselben abzulehnen und den Streik fortzusetzen. Die streikenden Betriebe — die Hauptmasse der Bewegung dürfen nicht aus der Hand gegeben werden, sondern sie müssen später als Genossenschaftsbetriebe ausgebaut werden. Der Delegierte Herr Dr. Goldschmidt vom Reichsarbeitsministerium hat sich jetzt direkt an den Interessensverband gewandt und eine endgültige Erklärung über die Bereitwilligkeit der Verhandlung verlangt. Der Wille der Versammlung kam in folgender einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck: Die am 2. Pfingsttag in der Köhler-Druckerei versammelten streikenden Freireugehilfen, sind nach wie vor zu Verhandlungen bereit, lehnen jedoch entschieden die Annahme des Interessensverbandes ab, wozu der Streik zu beenden und ihre „fliegenden Meiler- und Friseurstreik“ einzustellen. Die Versammelten erklären, alles daran zu setzen, durch Weiterführung des Streiks und des Betriebes der „fliegenden“ die Bewegung zu einem guten Ende zu führen.

Die Beteiligung an dem Streik ist nach wie vor eine gute. Eine Anzahl von Kollegen, die sich von den Arbeitgebern irreführen ließen, die Arbeit wieder aufzunehmen, sind wieder in den Streik getreten, da sie später kein Anrecht am Tarifvertrage haben.

Ein großer Teil der Arbeitgeber läuft der Streikleitung das Haus ein und haben die Absicht, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, da sie in den Versammlungen unter der Leitung des Interessensverbandes nicht zu Worte kommen. In den nächsten Tagen wird eine Entscheidung von dem Reichsarbeitsministerium kommen.

## Zum Binnenschifferstreik.

Am 21. und 22. Mai tagte in Berlin ein Kongreß der Binnenschiffer, Dampfschiffbesitzer und Schiffsmannschaften um Stellung zum Streik zu nehmen. Nach eingehenden Erörterungen wurde beschlossen an das Reichsverkehrsministerium und das Reichsarbeitsministerium heranzutreten mit der Forderung, in Schiedsgericht einzuschreiten, um die Forderungen der Binnenschiffer, Dampfschiffbesitzer und der Schiffsmannschaften zu prüfen und einen Schiedsspruch zu fällen. Der Kongreß erklärte sich diesem Schiedsspruch dann zu unterwerfen.

Die falsche Behauptung ist, daß der Streik ein Syndikalistischer ist oder eine Nachprobe des Verbandes der Binnenschiffer darstellt geht aus der Teilnahmerliste hervor.

Die Regierung hat es in der Hand, den Streik in kürzester Zeit zu beenden, zum mindesten sollte sie den Vertretern der Korporationen und Verbände endlich einmal Gelegenheit geben, ihre Forderungen auch mündlich zu begründen.

Es wäre endlich an der Zeit, daß die Regierung in diesen nun über vier Wochen andauernden Kampf, der täglich schwerer auf die Industrie wieht, eingreifen würde.

## Streik bei der Kohlenfirma Gustav Schmidt jun.

Der Deutsche Transportarbeiterverband teilt mit: Der Kohlenhändler Gustav Schmidt jun., der auf drei Plätzen, 1. Köhlerstraße, 2. Oberlager Bahnhof und 3. Niehlsstraße, seinen Handel betreibt, entgeht sich fortgesetzt der Verpflichtung, tarifmäßige Löhne zu zahlen und die vereinbarten Arbeitsbedingungen inne zu halten. Beschlüsse seiner Organisation des Verbandes Berliner Kohlen-Großhändler, gehen „ihm“ nichts an; er macht, was er will.

Wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages und der Nichtausführung eines Beschlusses seiner Organisation, der dahin geht, den Arbeitern und Ausführenden der Generalstreiktag zu vergüten, ist es deshalb zur Arbeitseinstellung gekommen.

Auf allen Plätzen dieser Firma ruht die Arbeit. Jeder, der für diese Firma eine Arbeit verrichtet, die sonst von den Streikenden geleistet worden ist, begeht Streikbruch!!!

Vor Zugang nach der „Lappschweiflichen“ Firma Gustav Schmidt jr.“ wird dochthals dringend gewarnt!

## Die Differenz bei der Spree-Havel-Dampfschiffahrt-Gesellschaft „Stern“.

Wie uns mitgeteilt wird, ist es in letzter Stunde gelungen, eine provisorische Verständigung zu erzielen. Die Direktion hat sich am Sonntag morgen bereit erklärt, mit dem Verband der Binnenschiffer am Donnerstag über die Neuregelung der Lohnverhältnisse zu verhandeln. Darauf ist der ganze Betrieb freigegeben.

Die Firma hat an uns ein längeres Schreiben gerichtet, in dem sie sich gegen die Reis nicht bedauert, die wir gedruckt haben. Die Firma behauptet, daß sie auf einen Vertrag alle Angehörigen zufrieden seien. Wenn sie diese Mitteilung von ihren Leuten hat, dann haben diese der Firma eben andere Mitteilungen als dem Verband der Binnenschiffer gemacht.

Dann hat die Firma den Vertrag in März den Mannschaften ausgenommen, denn jeder, der diesen Vertrag nicht unterzeichnet wollte, wurde gekündigt, die Entschuldigung, daß der Verband der Binnenschiffer nicht gesetzlich anerkannt ist und daß deshalb die Firma mit ihm keinen Vertrag abgeschlossen hat, ist vollkommen hinfällig, denn die Firma hatte doch im Vorjahre einen Vertrag mit dem Verbande abgeschlossen, allerdings auch erst, nachdem mit einer Arbeitseinstellung getrachtet war.

Die Firma behauptet, daß sie niedrige Löhne zahlt. Aber 150 bis 200 Mark bei unbeschwerter Arbeit, das sind doch Löhne, wie sie so leicht nirgends zu finden sind, selbst in der Schiffahrt nicht. Die Firma geht aber nicht auf den Einwand ein, daß sie Arbeiterausführenden entlassen hat; sie hat ja am Grund des Vorjahres den Verband ein Arbeiterausführendenmitglied, das 17 Jahre dort beschäftigt war, wieder eingestellt.

Die ganze Aufregung während der Pfingsttage wäre nicht notwendig gewesen, wenn die Firma sich endlich dazu anstellen würde.

die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit der gewerkschaftlichen Interessensvertretung vorzunehmen. Solange sie das nicht tut, muß sie sich auf solche Überprüfungen vorbereiten.

## Demonstration der Postboten.

Am zweiten Pfingsttag protestierten mehrere Tausend Postboten und Postkellern im Reichshaus gegen die neue Besoldungsreform, die ihre Wünsche ganz unberücksichtigt gelassen hat. Das am 30. 4. beschlossene Gesetz bringt sogar in einzelnen Fällen eine direkte Verschlechterung für die nicht kammäßig Angestellten. In der Versammlung kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, weil die Postboten glauben, daß sie in der Leitung des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamten nicht ihrer Zahl entsprechend vertreten seien und daß darum ihre Interessen nicht genügend gewahrt werden. Es wurde darum eine Kommission gewählt, welche die Forderungen der Diätäre formulieren und gemeinsam mit dem Zentralvorstand bei den in Betracht kommenden Behörden durchsetzen soll. Durch Beschluß wurde Gen. Jocher als Vertreter der U. S. P. das Wort gegeben, der darlegte, wie sehr die Lage der Arbeiter von den politischen Verhältnissen abhängig ist und daß darum der Standpunkt, daß Postist nicht in die Gewerkschaft getragen werden darf, als veraltet beseitigt werden muß. Nach der Versammlung formierte sich ein großer Demonstrationzug, der in den feiertäglichen Straßen sehr eindrucksvoll wirkte.

# Groß-Berlin.

## Bezirksorganisation Berlin-Stadt.

Zu der am Donnerstag, den 27. d. M. stattfindenden Flugblattverbreitung sind die Flugblätter von den einzelnen Distrikten heute nachmittag an bezeichneten Stellen abzugeben:

- 1. u. 5. Distrikt u. Sp. Krüger, Wasserstraßen.
  - 2. " " " Döring, Steinwegstr. 23.
  - 3. " " " Schäfer, Omeisenstr. 70.
  - 4. " " " Sinner, Italiener Str. 101.
  - 6. " " " Lohde, Marktstr. 23.
  - 7. u. 8. " " " Wengels, Cabinet Str. 11.
  - 9. " " " Werner, Weißwälder Str. 29.
  - 10. u. 11. " " " Lohmann, Hüstenstr. 35.
  - 12. u. 13. " " " Lohmann, Stargarder Str. 13.
  - 16. u. 17. " " " Ullrich, Str. 28.
  - 18. " " " Gliese, Poststr. 60.
- Die Geschäftsleitung.

## Polizeipräsident zur Disposition wieder Polizeipräsident zum Dienst.

Herr Eugen Ernst ist wieder Polizeipräsident; er soll diesen Posten aber in Dresden ausüben; in Berlin hat er während der Kapplage eine sehr bedeutende Rolle gespielt. Er wollte doch zu gern seinen Posten behalten und stellte sich während der Kapplage „im Interesse des Vaterlandes“ in den Dienst der öffentlichen Ruhe und Sicherheit. Das war selber seinen Parteigenossen zu starkem Tadel und so wurde er nicht ganz ungeschickt. Natürlich suchte sich Ernst aus der fatalen Situation herauszuwickeln so gut es ging, an der Spitze selber, daß er kapperecht gewesen ist, während die Arbeiter, Angestellten und Beamten in fester Einmütigkeit der Kappagierung die Fäden anlegten, ist durch noch so gerissene Rederei nicht das Mindeste zu ändern. Jetzt, nachdem eine Zeit hingegangen ist, will man Herrn Ernst anderweitig im Interesse des Staates verwenden, er soll nach Dresden gehen.

Zwischen Berlin und Dresden besteht rege Beziehungen. Als Herr v. Jagow, der frühere Berliner Polizeipräsident, sich in Berlin unwohl gemacht hatte, wurde er nach Dresden abgedisponiert in ein höheres Staatsamt. Umgekehrt kam der Vorgänger Ernsts, Herr von Oppen aus Dresden nach Berlin. Jetzt geht Ernst in den früheren Wirkungsbereich des Herrn von Oppen. Er hat sich am Sonnabend von den Beamten verabschiedet und ihnen gedankt für die Pflichterfüllung und für loyales Verhalten. Die Beamten haben Herrn Ernst ein gutes Zeugnis ausgestellt für das ausgezeichnete Verhältnis, das zwischen Ernst und den Beamten bestanden habe.

Seine Genossen hat Ernst anscheinend wieder angeworben. In seinen „Mitteilungen“ gibt der Bezirksverband Groß-Berlin der sozialdemokratischen Partei folgende Erklärung ab: „Der Bezirksverband der sozialistischen Partei folgende Erklärung ab: Der Bezirksverband hat sich mit den Angriffen beschäftigt, die anlässlich des Aufstehens des Genossen Eugen Ernst aus seinem Amte als Polizeipräsident gegen ihn erhoben worden sind. Es wurde dabei festgestellt, daß der Vorwurf, er habe sich der Kapp-Regierung zur Verfügung gestellt, vollkommen unrichtig ist. Die gegen seine Amtsführung gerichteten sachlichen Erwerdungen berühren seine persönliche und parteigenössliche Ehre in keiner Weise.“

Ein Pfister für den neuen Dresdener Polizeipräsidenten. Ob allerdings weite Kreise seiner eigenen Genossen so denken, wie der Bezirksverband, ist eine andere Frage. Herr Franz Krüger hat ja solche Vertrauensboten auch für Kasse fertig bekommen. Heute will es niemand gewesen sein.

## Draconische Urteile anlässlich des Generalstreiks vom 13. März auch in Berlin.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof war der Arbeiter Günter wegen Landfriedensbruch angeklagt. Nach der Anklageschrift soll G. am 13. März 1930 nach Aufbruch der Regierung zum Generalstreik einen Brauerwagen und einen Heumagen angehalten und letzteren umgehoben haben. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last gelegte Anklage. Ein Junge Weinberg (nach Ansicht des Staatsanwaltes macht derselbe einen sehr guten Eindruck) erklärt mit Bestimmtheit, den Angeklagten wiederzuerkennen, der die Pferde ausgepannt und den Wagen mit noch mehreren Personen umgehoben hat. Eine andere Zeugin (Zeugin der Staatsanwaltschaft) konnte trotz aller Ermahnung nicht sagen, ob der Angeklagte die Hand des Heumagens betastet war. Trotz alledem wurde das Urteil des Schöffengerichtes auf drei Monate Gefängnis. Es verlornt sich, eine Mitteilung über den Gang der Verhandlung zu machen. Als G. auf der Sicherheitswache in der Friedrichstraße eingeliefert wurde und er darum bat, daß man ihn mit Rücksicht auf seine alte Mutter freilassen möchte, wurde ihm von den ornenden Sicherheitsbeamten erklärt: „Doch Sie hinter schwebischen Gardinen sitzen. Ist Ihre eigene Schuld. Ihre alte Mutter mag ruhig an den Hungerpaten laugen.“ Inherdem war bekannt, daß auch der betreffende Wache mehrere der eingelieferten Verhafteten mißhandelt wurden und daß es der Angeklagte G. nur seinem Glück zuschreiben kann, daß er durch das Damenschloß der Sicherheitswache von dieser Wache nach dem Polizeipräsidium gebracht wurde. G. war Parteigenosse der U. S. P. und seine Parteigenossen, die sich um ihn bemühten, wunderten sich, daß G. trotz Entlassungsbefehlgung nicht auf freiem

Fuß war. Sie mußten sich jedoch überzeugen, daß in der Tat das Urteilstück der Name G. mit einer roten Signatur versehen war, die bedeutet, daß G. nicht auf freiem Fuß zu setzen ist, und es dauerte trotz aller Bemühungen nach zwei Tagen, bis G. entlassen wurde.

Offenlich werden sich die Parteigenossen des G. ein Beispiel daran nehmen, wie in einem Staatsverbrechen, das durch starken rechtssozialistischen Einschlag geleitet wird, die eigenen Parteigenossen draconischen Urteilen zum Opfer fallen.

## Immer teurer wird das Bier.

Einem nachträglichen Antrag der Gastwirtschaftsverbände um Heraufsetzung des i. B. belagerten Ausschankpreises für Einfachbier von 2,80 M. pro Liter auf 3 M. hat die Preisprüfungsstelle unter Zustimmung der Verbrauchervereinerung stattgegeben, so daß die höchstenzulässigen Ausschankpreise nunmehr für Gruppe I 3 M. pro Liter, Gruppe II 4 M. pro Liter, Gruppe III 5 M. pro Liter betragen.

Der Bierkonsum hat schon sehr abgenommen und wird mit steigenden Preisen weiter abnehmen, zumal es ohnehin nicht mehr taugt.

Vorsicht! Spigel! Kassen in Versammlungen! Im neuesten Heft der „Freien Welt“, der 4. Wochensummer, finden wir die Veröffentlichung einer Gruppenaufnahme von 16 Reichswehrspigeln. Wir machen es allen Funktionären zur Pflicht, sich das Bild genau anzusehen und sich die Gesichtszüge einzuprägen, damit die Betreffenden, falls sie in Versammlungen probokatorisch auftreten sollten, erkannt und abgefertigt werden können.

Sprechstunde für Oberstadtsmitarbeiter. Für die Angelegenheiten der Oberstadtsmitarbeiter der U. S. P. D. ist in dem Bureau des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg, O. 27, Schillerstr. 6/8, Hof 2 Tr., eine Zentralfabrik eingerichtet. Die Genossen, die den Oberstadtsmitarbeitern werden wollen, Anfragen und Mitteilungen an dieser Zentrale gelangen zu lassen. Wöchentlich werden dort im Bürobesitzimmer Sprechstunden für Oberstadtsmitarbeiter abgehalten, und zwar Montags von 4-8 Uhr. Folgende Genossen sind in dieser Sprechstunde anwesend: Studienassessor Demke, Bülowstr. 67, Demmer Str. 57; Doktor Steinicke, Naukstr. 22; Herr Meißner, Niederhöfenstr. 11; Blumenburger Str. 78 (Beruf: Bankstr. 78). Die genannten Genossen sind auch zu schriftlicher Auskunft bereit bei Einlieferung des Briefes. Die Sprechstunden beginnen am Montag, den 31. Mai.

Sprachschule für Arbeiter. Am 1. Juni beginnen neue Anfängerkurse (Rachmittagsunterricht) in englisch und französisch für Kinder bis zu 14 Jahren. Anmeldung bis Freitag, den 26. Mai, Nachts von 9-1 Uhr mittags, in Zimmer 7 der 24. Gemeindeschule „Hinter der Garnisonstraße“ (Nähe Bahnhof Börje) rechter Seitenflügel, Hof.

Eine Kraftwagenabteilung wurde dieser Tage von der Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion Berlin aufgedeckt und verhinbert. Am 21. d. M. traf auf dem Güterbahnhof Charlottenburg ein Güterwagen ein, der mit einem großen schließlichen Personenauto der Heeresverwaltung beladen und für die Kraftwagenabteilung 11 in Berlin bestimmt war. Bei der Besichtigung des Empfängers stellte es sich heraus, daß ein solcher Transport in Berlin nicht existiert; daher wurde, weil eine Schließung vermutet wurde, auch die Herkunft des Wagens an die Empfangsstelle 15 in Berlin zurückverfolgt. Am späten Nachmittage fragte eine Dienstperson am Güterbahnhof nach dem Wagon mit dem Willkür und nun griff die inoffizielle dienstliche Ueberwachungsabteilung zu und verhaftete zwei Personen, von denen die eine vergeblich zu entkommen versuchte. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab die Vermutung, daß es sich um eine Schließung handelte. Sie ergab, daß die drei Verhafteten, zwei ehemalige Wehrleute der Reichswehr, Walter Brandt und Otto Beckstedt und ein Oberwachmeister der Sicherheitspolizei Adam Lang aus Charlottenburg den Wagon in Empfang nehmen wollten; bei Brandt und Beckstedt fanden sich nicht weniger als 45 geladene militärische, zum Teil mit Stempeln versehene Patronen, Entladungsschleife, Nachschleife usw. Der Wagon sollte in Charlottenburg in einer Garage abmontiert, aufbewahrt und unkenntlich gemacht, in Berlin an den Mann gebracht werden.

Unfälle während der Pfingstfeiertage. Im Hause Fischerstraße 2 kam die 50jährige Frau Thiele, Friedbergstr. 27, bei einem Sturz von Treppenhaut in Treppenhaut so unglücklich zu Fall, daß sie sich eine schwere Kopfverletzung zuzog und auf dem Transport in das Krankenhaus verstarb. — Am Sonntag nachmittag in der fünften Nachmittagsstunde stürzte sich die 70 Jahre alte Frau Meier aus der Garnisonstr. Ecke von der Waisenbrücke in die Spree. Passanten, die den Vorfall beobachtet hatten, gelang es, die lebenswunde Greisin mittels eines Rettungsnetzes den Fluten zu entreißen. Frau U., die die Tat wahrscheinlich aus Racheursachen begangen hat, wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert.

Eine Liebestragödie, der zwei junge Menschenleben zum Opfer fielen, hat sich in der Prenzlauer Straße abgespielt. In einem kleinen Hotel dort liegt ein Ehepaar ab, das angeblich von anderns kam. Der Mann schickte sich als Ernst Lohm als Kostümkünstler und seine Begleiterin als seine Ehefrau ein. Man fand die Gatte tot auf. Nach dem Befund wußte der junge Mann seine Begleiterin und sich selbst erschossen haben. Ob der Name, den er angab, richtig ist, weiß man noch nicht. Seine Begleiterin wurde festgestellt als eine 18 Jahre alte Marie Schen, die zuletzt als Hausmädchen in der Charité beschäftigt war.

Bei dem Frühkonzert im Fest 2 (Erengell) am Pfingstsonntag hat ein schwerverletzter Genosse eine lächerliche Umkleidekabine (schwedische Form) am galnen Lederriemen verloren. Im Rückgabe ersucht Josef Meißner, Hagenauer Str. 15, IV.

## Aus dem Gemeindeleben.

Regel. In der am Donnerstag stattgehabten Sitzung der Gemeindeverwaltung haben den wesentlichen Teil der unangenehmsten Tagesordnung. Was Antrag des Reamenausschusses, dem zugestimmt wurde, wird auf die Dauer bis zu drei Jahren eine vorübergehende Privatnützlichkeit auf des Besoldungsdenkmalen angeordnet. — Den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin in Sachen Bezahlung der nicht ständig Angestellten wird ebenfalls zugestimmt. Hierbei wird von unserer Seite die Befreiung von Ueberstundenarbeit gerügt und soll diesen möglichst Rechnung getragen werden. — Dem eruchten Antrage der Post- und Vorkriegsbeamten auf Lebenslängliche Einstellung, dem sich auch der Gemeindevorstand angeschlossen hat, wurde diesmal mit Mehrheit stattgegeben. — In das gemeinsame Kinositorium der beiden Volkshochschulen wurden je zwei Arbeitgeberinnen und Arbeitnehmerinnen (U. S. P. und U. S. P.) gewählt. — Für Gewerkschaftsleiter wurden weitere 2000 M. bewilligt. Nach den Feiertagen wird der Gemeindeparkplatz in Angriff genommen und besonders Familienbäder sollen veranschaulicht werden. — Dem Tarifvertrag resp. der Lohnhöhung für Gemeindearbeiter wurde zugestimmt. Betreffs der geringen Lohnunterschiede zwischen gelehrten und ungelehrten Arbeitern machte sich eine recht unterschiedliche Auffassung bei verschiedenen Mitgliedern bemerkbar; Herr von König, als Gewerkschaftsleiter, führte hierbei sogar parteipolitische Motive neben den anerkannten hohen Lohn- und Konjunkturschwankungen ins Feld, im Gegensatz zu den sozialistischen Seite angeführten Tatsachen über die zunehmende Ausbeutung gelehrter Arbeiter durch die noch zu zahlenden Lohnhöhen. — In der nächsten Sitzung soll über die Möglichkeit der Uebernahme des Besoldungsdenkmals entschieden werden.

